Basel, den 16. Mai 1925 XXV. Jahrgang / No. 20

# Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.

Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

**Inhalt:** Führende Gedanken. — Der Existenzkampf der Landwirtschaft und die Genossenschaftsbewegung. — Internationaler Genossenschaftstag. — Russland, das Laboratorium für soziale Experimente. — Die Kosten der Lebenshaltung. — Volkswirtschaft: Wirtschaftlicher Wochenbericht. — Kreiskonferenzen: Kreiskonferenz vom 26. April im Hotel „Flumserhof" in Flums. Kreiskonferenz IX b. Bericht über die Konferenz des X. Kreises in Lugano am 3. Mai 1925. — Aus der Praxis: Salzverkauf und Konsumvereine. — Verein schweiz. Konsumverwalter. — Bibliographie. — Aus unserer Bewegung: Olten. — Verbandsnachrichten.

## Führende Gedanken

### Stadt und Land.

(Ein gutes Wort aus dem Jahre 1898).

In der Tat müssen sich auf dem Boden der organisierten Konsumenten alle Interessen aussöhnen, die auf die Befreiung des Volkes aus ökonomischer Knechtschaft hinzielen. In dem Masse, wie Stadt- und Landbewohner in der Befriedigung ihrer Konsumbedürfnisse von allen Tributpflichten an das Grosskapital befreit werden, in gleichem Masse wächst auch ihr Anteil am Arbeitsprodukt, ihre Produktionskraft, ihre ökonomische Selbständigkeit. Und da bäuerliche und städtische Arbeiter und Kleinbürger sich in dem gemeinsamen Bestreben zusammenschliessen, ihre Existenzbedingungen zu verbessern, ihre Arbeit einträglicher, ihren Anteil an den Glücksgütern und am zeitlichen Lebensgenuss grösser zu machen, so muss notwendig ein Bund solcher Genossen und Genossenschaften eine unüberwindliche Kraft der Selbstentwicklung in sich tragen.

In nicht ferner Zeit wird er eine Macht, ein Staat im Staate werden, der die Lösung der bis jetzt unlösbar scheinenden Probleme wirtschaftlicher und sozialer Natur mit Erfolg an die Hand nehmen kann. Ich sehe die Zeit kommen, wo die bäuerliche Genossenschaft für die städtische, die städtische Genossenschaft für die ländliche Bevölkerung arbeitet und beide direkt ihre Produkte austauschen; es wird auch eine Zeit kommen, wo die Summe der Ersparnisse auf dem Wege eines vorher organisierten Kredites der Gesamtheit der Genossenschaften zugute kommt und diese in den Stand setzt, nicht nur die vom Fortschritt der Technik verlangten Produktionsmittel zu beschaffen, sondern auch die einzelnen Glieder aus der Abhängigkeit vom Grosskapital zu befreien.

*J. Fr. Schär.*
Aus seiner Churer Rede 1898.

## Der Existenzkampf der Landwirtschaft und die Genossenschaftsbewegung.

An der Tagung der Gesellschaft schweizerischer Landwirte zu Anfang April in Zürich sprach der Bauernvertreter Nationalrat Dr. R. König (Brugg) in anderthalbstündigen Ausführungen über «Der Existenzkampf der Landwirtschaft im Lichte volkswirtschaftlicher Grundanschauungen». Die Tagespresse hat teilweise über diese Sitzung berichtet, teilweise sich damit begnügt, die bezügliche Resolution ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Dr. König beleuchtete die grossen wirtschaftspolitischen Probleme unserer Zeit, wobei gewisse in der öffentlichen Meinung festwurzelnde volkswirtschaftliche Grundanschauungen oft eine grosse und massgebende Rolle spielen. Er beklagte deshalb die Tatsache, dass die öffentliche Meinung noch heute stark unter dem Eindruck der aus der manchesterlichen Auffassung herausgeborenen industrialistischen Mentalität stehe. Das Wohlergehen der Industrie dürfe keineswegs mit dem Wohlergehen des ganzen Landes identifiziert werden. Die Bedeutung und Grösse der Inlandsproduktion durch die Landwirtschaft müsse mehr anerkannt und Gemeingut werden. Es halte infolge dieser Unterschätzung schwer, landwirtschaftlichen Forderungen bei unseren Behörden zum Durchbruch zu verhelfen. Die gleiche ungerechte Beurteilung zeige sich auch beim neuen Zolltarif. Was die Vieh- und Fleischeinfuhr anbelange, müsse die Landwirtschaft aus wirtschaftlichen Gründen auf der jetzigen Zollbelastung beharren und nach wie vor die Herabsetzung des Einfuhrkontingentes verlangen. Der Druck auf die Landwirtschaft hat sich in der letzten Zeit in weiten Kreisen der öffentlichen Meinung verstärkt und die Welle, die sich gegen die Landwirtschaft gebildet habe, nehme immer schlimmere Formen an. Die Gegner der Landwirtschaft erhoffen heute mit dem alten Schlagwort von «billigen Lebensmitteln» und «niedrigen Löhnen» eine Sanierung der Exportindustrien auf Kosten der Landwirtschaft. Diese vertrage aber keinen Preisabbau. 1923 betrug die Rendite des landwirtschaftlichen Betriebes 3,9%, fiel aber 1924 wieder auf 2,8%. Der Lohn des Bauers sank von Fr. 7.06

INTERNATIONALER GENOSSENSCHAFTSBUND

# Internationaler Genossenschaftstag

**Samstag, den 4. Juli 1925**

## *An die Genossenschafter der Welt!*

Die **dritte Feier** des **Internationalen Genossenschaftstages** verspricht die beiden vorausgegangenen Feiern an Umfang und Fülle der Veranstaltungen, an Begeisterung und in der Bekundung internationaler Brüderlichkeit zu übertreffen.

Am 4. Juli, auf den **«der Tag»** in diesem Jahre fällt, feiern die Vereinigten Staaten von Amerika die Erinnerung an ihre Unabhängigkeits- und Freiheitserklärung. Der Internationale Genossenschaftsbund ist die Keimzelle der Vereinigten Staaten der Welt, und der Internationale Genossenschaftstag ist der symbolische Ausdruck jener höchsten menschlichen Tugenden, die allein die Menschheit für den friedlichen Aufbau einer glücklicheren Gesellschaftsordnung und die Verwirklichung des genossenschaftlichen Gemeinwohls zusammenfassen können.

Die Genossenschaftsbewegung umfasst heute annähernd 50 Millionen Mitglieder und nimmt in allen Ländern ständig an Einfluss und Bedeutung zu. 31 Länder sind dem Internationalen Genossenschaftsbunde angeschlossen, um das genossenschaftliche Gemeinwohl aufzurichten. Sie versuchen dieses Ziel durch die Anknüpfung ständiger Beziehungen sozialer, wirtschaftlicher, intellektueller und moralischer Art zu erreichen. Sie reissen die Schranken der Farben, Rassen und Bekenntnisse nieder. Sie arbeiten **international** auf dem Boden politischer und religiöser Neutralität zusammen, ohne dabei in diesen wie in andern Fragen ihre **nationale** Selbständigkeit im geringsten aufzugeben.

Ihre gemeinsame Parole heisst: **«Einer für alle und alle für einen»**, und sie befolgen den schlichten Grundsatz der «Rochdaler Pioniere», die 1844 von diesem Gedanken geleitet, die erste Genossenschaft ins Leben riefen und die jetzt in der ganzen Welt anerkannte Grundlage für eine freie Demokratie in einer Einrichtung schufen, die von ihren Mitgliedern ohne Rücksicht auf die finanzielle Beteiligung kontrolliert wurde, in der der Profit ausgeschaltet war und deren Ueberschüsse nach Massgabe der Beteiligung des einzelnen am Umsatz verteilt wurden.

Die Genossenschafter aller Länder hoffen, durch ihre Veranstaltungen und Feiern am 4. Juli diese Grundsätze nach allen Weltgegenden zu «funken».

Am diesjährigen **Internationalen Genossenschaftstag** wird zum ersten Mal die **Internationale Genossenschaftsflagge** wehen, die den Regenbogen, das Zeichen der Verheissung für die ganze Welt darstellt.

**Genossenschafter der ganzen Welt! Erhebet Eure Banner!**

**Möge die Farbenpracht des himmlischen Zeichens der ganzen Welt die Verheissung sein, dass die Grundsätze und das Verfahren der Genossenschaftsbewegung für alle Zeit aus dem Chaos der Zivilisation in das Reich reiner Menschlichkeit hinüberführen.**

Im Namen des internationalen Genossenschaftsbundes,

Der Präsident: **G. J. D. C. GŒDHART.** Der Generalsekretär: **HENRY J. MAY.**

### Mitglieder des Zentralvorstandes:

ARMENIEN.
N. COURSELLE

AZERBAIDJAN.
A. FARADGE-SADEY

BELGIEN.
V. SERWY*

BULGARIEN.
K. T. BOZVELIEVE

DÄNEMARK.
L. BROBERG
A. NIELSEN
N. PORSE

DEUTSCHLAND.
R. ASSMANN
H. KAUFMANN*
H. LORENZ

ESTLAND.
J. KUKK.

FINNLAND.
V. FAGERSTROM
P. RAITTINEN
V. TANNER
H. VASENIUS

FRANKREICH.
A. CLEUET
Prof. C. GIDE
E. POISSON*
(Vize-Präsident)
A. THOMAS

GEORGIEN.
M. G. TOROSHELIDZE

GROSSBRITANNIEN.
Sir T. ALLEN*
W. GREGORY*, J. P.
A. H. JONES
W. RAE
R. STEWART
A. WHITEHEAD*
(Vize-Präsident)
J. WORLEY

HOLLAND.
G. J. D. C. GŒDHART*
(Präsident)

ITALIEN.
A. VERGNANINI

LETTLAND.
VILIS SILINS.

LITAUEN.
P. SALCIUS

NORWEGEN.
A. JUELL

OESTERREICH.
Frau E. FREUNDLICH
Dr. KARL RENNER

POLEN.
M. RAPACKI.

RUMÄNIEN.
C. CERCEL

RUSSLAND.
L. M. KHINTSCHUK*
A. KISSIN
D. KUTUSOFF
G. M. TOROSHELIDZE

SCHWEDEN.
A. JOHANSSON
A. OERNE*

SCHWEIZ.
B. JÆGGI
Dr. A. SUTER*

TSCHECHO-SLOWAKEI.
A. DIETL.
A. FISER
E. LUSTIG*

UKRAINE.
G. M. BLACHER
A. E. GŒTTLER
KELMANSON
S. I. KOLCHINSKI
P. P. LUBTCHENKO
NURINOV
WETOCHKIN

UNGARN.
ELEMER DE BALOGH

V. S. A.
Dr. J. P. WARBASSE

YUGOSLAVIEN.
M. AVRAMOVITSCH

* Mitglied des leitenden Ausschusses.

im Jahre 1923 auf Fr. 5.13 im Jahre 1924. Der Vortragende kommt zum Schlusse, dass die Erfüllung der Begehren nach Preisabbau der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Landwirtschaft und einige andere Erwerbsgruppen schwer schädigen und die Lage der Industrie nicht erheblich erleichtern würde.

In der nachfolgenden Diskussion sprach sich u. a. Prof. Laur dahin aus, dass die teure Lebenshaltung unseres Landes vor allem auf die ungesunde Bodenspekulation, die Beschränkung der Arbeitszeit und den Zwischenhandel zurückzuführen sei. Der Kampf um den neuen Zolltarif werde zeigen, ob das Schweizer Volk noch imstande ist, den richtigen Weg in wirtschaftlichen Dingen zu finden.

Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, auf diese für den weiteren Schutz der Landwirtschaft ins Feld geführten Argumentationen des näheren einzutreten, auch soll nicht vom kommenden neuen Generalzolltarif, der bereits zu einem Vorgeplänkel geführt hat, die Rede sein. Es hiesse das sonst einen Hasen aufjagen, der erst in einigen Jahren zum Abschuss kommen wird. Die öffentliche Meinung wird die Klagen über Schädigung, «ruiniert werden» und so fort hüben und drüben auf das richtige Mass zurückführen. Dagegen wird darüber zu sprechen sein, inwieweit der von Prof. Laur erwähnte Zwischenhandel neben den andern Faktoren an der teuren Lebenshaltung unseres Landes Schuld sein soll, ferner ob und in welchem Masse die Konsumvereinsbewegung in der Lage ist, der Landwirtschaft direkt und indirekt in ihrer schweren Lage zu helfen, soweit dies eben mit den eigenen allgemeinen Konsumenteninteressen vereinbar ist. Das Referat Dr. König bedeutet eine Auseinandersetzung der bedrängten Landwirtschaft mit der nicht weniger bedrängten Industrie des Landes, namentlich der Exportindustrie. Der Städteverband und gewisse Industriekreise verlangten vor einiger Zeit die völlige Oeffnung der Grenzen und die Herabsetzung der Zölle für Fleisch- und Vieheinfuhr. Die öffentliche Meinung erwartet auf den Sommer eine Herabsetzung der Milchpreise.

Die Auseinandersetzung zwischen der Metzgerschaft und der Bauernsame bei Anlass des Preissturzes auf dem Fettschweinemarkt ist noch in frischer Erinnerung. Der schneearme Winter entzog namentlich in den Gebirgskantonen (Holz) viele Verdienstmöglichkeiten. Neben der Krisis im Viehhandel werden überall Klagen laut über den mangelnden Absatz landwirtschaftlicher Produkte, wie Obst und Gemüse. Eine, wenn vielleicht auch vorübergehende, Preis- und Absatzkrisis in landwirtschaftlichen Kreisen ist vorhanden. Die Schwierigkeiten unserer Exportindustrien, mit der ausländischen Konkurrenz Schritt zu halten, sind genug bekannt. Die Konsumvereinsbewegung hat ein eminentes Interesse daran, dass unsere Industrien vor einer derartigen Absatz- und Arbeitskrise, wie die hinter uns liegende, verschont bleibe. Jene Zeit der reduzierten Konsumkraft weiter Bevölkerungskreise hat vielen Konsumvereinen fast grössere Wunden geschlagen als die Folgen des Preisabbaues. Wir haben aber nicht nur Interesse an einer arbeitsfähigen Industrie, sondern sind, wenn auch nicht in gleich starkem Masse, in unserer Entwicklung mit dem Stande der Landwirtschaft ebenfalls verbunden. Die Verbandsvereine mit bäuerlicher Mitgliedschaft oder starkem Einschlag dieser Erwerbsgruppe sind in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen, wenn es im Bauerngewerbe kriselt. Es liegt demgemäss im wohlverstandenen Interesse unserer Sache, wenn diese aufgeworfenen Existenzfragen von Industrie und Landwirtschaft in einer Art und Weise gelöst werden, die beiden Teilen zuträglich und dienlich ist. Unser Land hat beide Wirtschaftsgruppen nötig.

Unsere im Verhältnis zu andern Ländern teure Lebenshaltung wird nicht bestritten; der Lebensstandart unserer Bevölkerung ist ein hoher. Nach den Aussagen von Prof. Laur sind an der die Exportindustrien an der Konkurrenzfähigkeit hinderlichen teuren Lebenshaltung vor allem schuld: die Bodenspekulation, die Beschränkung der Arbeitszeit und der Zwischenhandel. Wenn die Bodenspekulation ein Faktor der verteuerten Lebenshaltung geworden ist, darf gleichzeitig darauf hingewiesen werden, dass die landwirtschaftliche Boden- und Güterspekulation mit allen ihren Folgen wie steigende Verschuldung und Zinspflicht, Güterzerstückelung und unrationelle Arbeitsweise ebenfalls grossen Anteil an der Krise in der Landwirtschaft haben. Die verteuernde Wirkung der reduzierten Arbeitszeit auf die Lebenskosten ist nicht zu bestreiten. Von grösserem Einfluss auf die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrien ist aber in erster Linie die eigene reduzierte Arbeitszeit, falls diese nicht schon auf Grund der Vollmachten des Bundesrates verlängert wurde, und wohl erst in zweiter Linie die eingeschränkte Arbeitszeit im Handel, Banken und bei den Transportanstalten.

Als dritter verteuernder Faktor wird von Prof. Laur der Zwischenhandel verantwortlich gemacht. Wenn damit der ausgedehnte Apparat der über 30,000 Handelsreisenden der Schweiz, die ungemein vielen Firmen im Lebensmittel- und Bedarfsartikelhandel gemeint sind, haben wir nichts einzuwenden. Im Zusammenhang mit der Frage der Verbilligung der Lebenskosten wurde in letzter Zeit in der Presse öfters behauptet, die Konsumvereine seien nicht mehr auf der Höhe ihrer Aufgabe, sie seien nicht in der Lage, eine Verbilligung der Lebenskosten herbeizuführen, der Privathandel blühe in ihrem Schatten. Man muss die Beobachtung machen, dass in diesen Anrempelungen und unbewiesenen Behauptungen System liegt. Es genügt hier auf die Ausführungen in Nr. 4 des «Schweiz. Konsumverein» zu verweisen über «Die Kaufkraft des Schweizerfrankens und die Preisbildung» und in Nr. 5 über «Konsumvereinliche Probleme».

Die Ueberschwemmung des Handelsstandes ist allerdings augenfällig, wies doch das Handelsgewerbe im Zeitraum von 1880 bis 1920 folgende Entwicklung auf: Erwerbende Personen im Handel: 1880: 61,290, 1900: 83,704, 1920 dagegen 142,801. Das «Wirtschaftliche Volksblatt» bringt diese Zahlen in der Nummer 7 vom 12. April 1925 unter dem Titel: «Zunehmende Bedeutung des Handels.» Schreiber dies möchte über diese Zahlen lieber den Titel setzen: «Zunehmende Entartung des Handels.» Das genannte Blatt schreibt diese Entwicklung den veränderten Verhältnissen in Gewerbe und Produktion zu, der relativen Abnahme der Urproduktion, nennt auch gesteigerte Ansprüche der Käuferschaft und zunehmende Bequemlichkeit der einkaufenden Frauen, die sich ihre täglichen Bedarfsartikel in jedem Augenblick in allernächster Nähe beschaffen wollen. Das Blatt fährt fort: «Es ist dies auch der alleinige Grund, warum immer mehr kleine Betriebe, z. B. der Spezereibranche, sog. Witwen- und Altleutebetriebchen, in Nebenstrassen und Seitengässchen ihr befriedigendes Auskommen finden. Der Weg bis zu den grösseren modernen Läden ist für die Augenblicksbedürfnisse zu weit.»

Die tatsächlich ungemeine Zersplitterung der Bedarfsdeckung seitens der Konsumenten ist selbstverständlich mitschuldig an einer ge-

wissen Verteuerung der Lebenshaltung, denn jedes Geschäft, auch die grosse Mehrzahl der Konsumvereine, wären in der Lage, bei unveränderten oder nur wenig erhöhten Spesen einen grössern Umsatz zu bewältigen. Das Heer der Handelsreisenden, Agenten und Hausierer bedeutet für unsere Volkswirtschaft ebenfalls eine grosse Belastung, so auch der riesige Aufwand an Reklame in Hunderten von Tageszeitungen und Zeitschriften. Ohne diese Spesen könnten die Fabrikationspreise ermässigt und eine Verbilligung der Lebenskosten erzielt werden.

Die Belastung der Lebenshaltung durch die Lebensmittelzölle wurde natürlich in der Versammlung der Landwirte nicht erwähnt. Die Landwirtschaft hat ein eminentes Interesse an diesen Zöllen und gibt sich, wie es scheint, mit dieser Belastung noch nicht zufrieden. Die Einnahmen unter dem neuen Tarif betrugen 1924 bekanntlich über 200 Milionen Franken. Wenn davon auch viel auf industrielle Roh- und Fertigprodukte, ferner Weine

Berücksichtigen Sie bitte bei Bedarf in
**Druckarbeiten**
die Buchdruckerei des V. S. K., Basel

und Tabake usw. entfallen, so bleibt doch für die Lebensmitteleinfuhren eine enorme Belastung übrig. Es geht nicht an, für die teuren Lebenskosten alle möglichen Faktoren und schliesslich noch die Konsumvereine verantwortlich zu machen, wie dieser Versuch hie und da in der Presse gemacht wird, aber die Belastung unseres Index durch die Lebensmittelzölle totzuschweigen.

Und nun die Frage, ob und in welchem Masse die Konsumgenossenschaften in der Lage sind, der Landwirtschaft zu helfen, ohne eigentliche Konsumenteninteressen zu verletzen. Der Genossenschaftsgedanke ist bei der Landwirtschaft zu Hause so gut wie bei unseren Konsumentenvereinigungen. Wir erwähnen nur die grosse Zahl landwirtschaftlicher Bezugs- und Nutzungsgenossenschaften. Das Genossenschaftswesen als solches hat den landwirtschaftlichen Kreisen so gut wie den städtischen Zentren grossen Nutzen und Förderung gebracht und ist auch für die Zukunft bestimmt, beiderorts nur Gutes zu wirken. Von einem Hand- in Handarbeiten bäuerlicher und städtischer Genossenschaften ist dagegen wenig bekannt. Auf beiden Seiten bestehen Zentralstellen, welche in der Hauptsache für Beschaffung oder Absatz sorgen. Der direkte Austausch landwirtschaftlicher Erzeugnisse vollzieht sich momentan noch dort, wo der Bauer Mitglied einer Konsumentenorganisation ist. Der Grossteil der bäuerlichen Produkte aber findet mit Hilfe der eigenen Produzenten-Absatzgenossenschaften und Zentralstellen, wie auch durch den Privathandel den Weg zum Verbraucher.

Es dürfte u. a. Aufgabe und Absicht des im Werden begriffenen Schweiz. Genossenschaftsbundes sein, eine Annäherung zwischen den Distributionsgenossenschaften und den ländlichen Produktivgenossenschaften in die Wege zu leiten zum Zwecke eines grösstmöglichen direkten gegenseitigen Austausches der Produkte. Die vorgesehenen Statuten lassen unter anderem bereits auch dieses Ziel erkennen, ein Ziel, welches bekanntlich schon in der Absicht und im Willen der ersten Gründung dieses Bundes lag. Der verstorbene Herr Prof. Dr. J. Fr. Schär, der warme Befürworter der Idee von der Aussöhnung der landwirtschaftlichen und städtischen Bevölkerung auf dem Boden der Genossenschaftsbewegung, hat dem Gedanken von der Zusammenarbeit der beiden Genossenschaftsarten bekanntlich in seiner «Churer Rede» (Eröffnung der Delegiertenversammlung des V. S. K. 1898) begeisterten Ausdruck gegeben.

Freilich, über das eherne Gesetz von Angebot und Nachfrage hinaus werden auch die Konsumvereine nicht in der Lage sein, dem bedrängten Bauern zu helfen. Als wirtschaftliche Organisationen bleibt auch ihnen nichts anderes übrig, als diejenigen Angebote zu berücksichtigen, die ihren Mitgliedern und Verbrauchern die grösstmöglichen Vorteile bieten. Während die Industrie und die Landwirtschaft Schutz vom Staate verlangen und erhalten, ist die Genossenschaftsbewegung auf sich selbst gestellt. Sie hat sich nicht nur selbst und aus eigenen Mitteln und Kräften zu erhalten, sondern ist auch gezwungen, auf die Privatkonkurrenz Bedacht zu nehmen. Wenn auf einem Platze billigeres ausländisches Fleisch verlangt und verkauft wird, so kann sich die Konsummetzgerei nicht erlauben, nur inländisches zu detaillieren. Wir können nicht die billigeren Offerten für ausländische Kartoffeln ignorieren und nur inländische kaufen, abgesehen von der Unmöglichkeit, solche jemals vom Inland in genügenden Mengen zu erhalten. Das ist so selbstverständlich wie die Tatsache, dass die Schweiz je und je auf die Zufuhr grosser Lebensmittelmengen und darunter landwirtschaftlicher Produkte angewiesen ist.

Dagegen sollte es möglich sein, im Rahmen von Angebot und Nachfrage, die inländischen bäuerlichen Produkte bei der Bedarfsdeckung unserer Genossenschaften mehr zu berücksichtigen, als dies vielleicht bislang aus verschiedenen Gründen der Fall war. In den Konsumgenossenschaften, wo neben der industriellen Bevölkerung auch landwirtschaftliche Kreise zu Mitgliedern zählen, wird diese grössere Berücksichtigung der eigenen produzierenden Mitglieder bereits vorhanden sein, weniger dagegen in städtischen Zentren und Genossenschaften. Am guten Willen der Konsumvereine sollte es nicht fehlen. Der Wille zu gegenseitiger Verständigung muss aber auch beim Produzenten und Landwirt in Erscheinung treten. Wir machen da die Beobachtung, dass dem letzteren die Beziehungen mit dem Privathandel öfters verlockender erscheinen als mit der Genossenschaft, trotz mancherlei trüben Erfahrungen. Solange gute Nachfrage und Preise bestehen, bemerken wir auch, dass der Produzent gerne direkt mit dem Konsumenten verkehrt (Obst, Gemüse, Kartoffeln usw.) und erst wenn Ueberangebot zu schlechten Preisen und Absatzstockung führt, gelangt er an die Genossenschaften und den Privathandel. Aber auch der Privathandel sieht sich als event. Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte vor den gleichen Schwierigkeiten wie die Konsumvereine. Auch ihm bedeutet die schlechte Lage der Landwirtschaft eine Sorge. Grosse landwirtschaftliche Kreise, die zu seinen Kunden und Käufern zählen, beanspruchen, wie wir den bezüglichen Mitteilungen entnehmen, für dessen Lieferungen weitgehende Kredite. Es war erst kürz-

lich in einer Tageszeitung zu lesen, dass sich die Bündner Handelskammer mit den ungesunden Verhältnissen im Kreditwesen des Bündner Handels und Gewerbes beschäftigte. Das Problem sei, so wird berichtet, erfreulicherweise nicht nur vom rein kaufmännischen, sondern mehr vom ideellen Standpunkte aufgefasst worden. Man ging den Ursachen der misslichen finanziellen Lage besonders weiter Kreise der Landbevölkerung nach, um schliesslich nach Mitteln und Wegen zu suchen, welche zu einer dauernden Besserung führen könnten. Diese Frage sei nun Gegenstand eingehender Studien und Erhebungen seitens der besagten Handelskammer.

Wir glauben immerhin behaupten zu dürfen, dass die Not der Landwirtschaft nicht allein, auch nicht ausschlaggebend, in den Preisen zu suchen ist, die sie für ihre Produkte erzielt. Die Schwierigkeiten liegen gewiss in weit grösserem Masse in Dingen und Faktoren, für welche wir als Konsumenten nichts tun können. Wir haben diese Verhältnisse bereits erwähnt. «Der Abfluss von Grundrente und Hypothekarzinse an die Bank, an das Kapital», hat es Herr Prof. Dr. F. Schär gekennzeichnet.

Auch die Industrie wird für die hohen Lebenskosten die Preise für die inländischen landwirtschaftlichen Produkte nicht ausschlaggebend verantwortlich machen können. Hüben und drüben bestehen in der ganzen Frage der beiderseitigen Existenzfähigkeit mächtige Faktoren, welche der eine Partner nicht dem andern in die Schuhe schieben kann.

Bei den noch in Aussicht stehenden Kontroversen zwischen Landwirtschaft und Industrie werden unsere Genossenschafter, vor allem der städtische, nicht vergessen, welche Aufgaben und Ziele unsere Bewegung sich von jeher gestellt hat, u. a. die Aussöhnung der Interessen von Produzent und Konsument auf dem Boden der Genossenschaftsbewegung.

Wir sind uns bewusst, dass eine solche Auffassung und Einstellung zu dem vorliegenden Problem unsere Stellungnahme zu den kommenden Fragen nicht erleichtern, sondern sogar bedeutend komplizieren wird. Das kann uns aber nicht hindern, den Weg zu gehen, den wir als im Interesse einer auf Gegenseitigkeit beruhenden gerechten Volkswirtschaft betrachten. Solchermassen ist es unser Wunsch, dass das Problem, wie den beiden Hauptträgern unserer nationalen Wirtschaft, der Landwirtschaft und der Industrie in wirksamer Weise geholfen werden kann, so behandelt und wenn möglich gelöst werde, dass auf dem Boden der Genossenschaftsbewegung zwischen beiden Gruppen gute Beziehungen obwalten können. H. R., Chur.

# Russland, das Laboratorium für soziale Experimente.

Von *J. B. Warbasse.*

IV.

Die Organisation der Konsumgenossenschaften in den grossen Städten Russlands ist nicht leicht zu verstehen. Man sieht zwar grosse Betriebsamkeit, ausgedehnte Anlagen und eine zahlreiche Mitgliedschaft. Ohne Zweifel haben sich, ganz wie in andern Ländern, der Bewegung viele Leute angeschlossen, die durch Erwerbung eines Anteilscheines regelrechte Mitglieder der Organisation geworden sind. Jedoch stösst man in dieser Beziehung auf mancherlei Unklarheiten. Wissen die Mitglieder, dass sie einem Verein angehören? Das ist eine Frage, die mir oft in den Sinn kam. Ich fragte einen Arbeitsmann: «Sind Sie Mitglied einer Moskauer Konsumgenossenschaft?» Er bejahte diese Frage. «Seit wann sind Sie Mitglied?» Diese Frage machte ihm schon einiges Kopfzerbrechen. «Wie viel Anteilscheine besitzen Sie und wie viel haben Sie auf dieselben anbezahlt?» «Ich weiss nicht; ich habe nichts zu bezahlen gehabt.» «Erhielten Sie ein Bezugsbüchlein ausgehändigt?» «Nein.» «Werden von der Genossenschaft Versammlungen für die Mitglieder abgehalten?» «Ja.» «Wann wurde die letzte Versammlung abgehalten?» «Ich weiss es nicht.» «Haben Sie jemals einer Versammlung beigewohnt?» «Nein.» «Hat man Ihnen jemals eine Rückvergütung ausbezahlt?» «Nein, man bewilligte mir bei jedem Einkauf einen Rabatt.» Es ist auch vielfach Usus bei den Mitgliedern, wie man mir erzählte, einander ihre Büchlein für den Einkauf zu leihen.

Ein Mitglied erzählte mir, dass es jährlich Beiträge zu entrichten habe. Es scheint eine etwas lose Verbindung zwischen den Mitgliedern und der Genossenschaft zu bestehen. Einige Mitglieder brachten im Gespräch ihren Konsumverein in Verbindung mit den Gewerkschaften. Ein Arbeiter sagte mir, er sei Mitglied seiner Gewerkschaft, die ihrerseits einen Genossenschaftsladen unterhalte. Ein anderer berichtete, dass er durch seine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zugleich die Mitgliedschaft bei der Genossenschaft besitze. Es schien mir oft zweifelhaft, ob sie wirklich Mitglieder des Konsumvereins seien, oder ob die Mitgliedschaft bei derselben durch die Gewerkschaft automatisch vollzogen werde. Vielleicht handelt es sich hier um vereinzelte Fälle. Ich kann nur sagen, dass die Situation sich etwas anders darstellt als in andern Ländern, wo jedes Mitglied einer genossenschaftlichen Vereinigung auch definitiv weiss, dass es Mitglied ist und über Wesen und Aufgaben der genossenschaftlichen Institution hinreichend orientiert ist. Bei den Russen, mit denen ich mich über die Angelegenheit unterhielt, schien das nicht der Fall zu sein.

Um die Lösung einer Frage habe ich mich ernsthaft bemüht. Es handelt sich um die Beziehungen der genossenschaftlichen Bewegung zur Staatsgewalt. Mich in diesem Punkte zu informieren, war der Hauptzweck meiner Reise nach Russland. Ich erörterte diese Frage mit Herrn Kintchuck, mit manchem Beamten des Zentrosojus und anderer Organisationen, mit Angestellten von Konsumvereinen, mit Mitgliedern, mit einfachen Arbeitsleuten aus verschiedenen Berufen, mit Intellektuellen und mit Angehörigen der Bourgeoisie. Vor allem examinierte ich die Genossenschaftsbewegung in ihrer praktischen Tätigkeit von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Mit meiner Kenntnis des Englischen, Deutschen und Französischen und mit Hilfe fähiger russischer Interpreten brachte ich vieles heraus, das für mich lehrreich und interessant war. Eine wichtige Entdekkung für mich war die Tatsache, dass wenn immer ich mich allein zu einer Gruppe von Arbeitern oder andern Leuten aus dem Volke begab, sich stets irgendjemand fand, der deutsch sprach. Dieses Idiom erweist sich als von grösstem Nutzen für Fremde, die nicht russisch verstehen.

Wir errinnern uns, dass Russland vor dem Kriege eine starke und sich mächtig entwickelnde Genossenschaftsbewegung besass, die nach dem Fall

des zaristischen Regimes einen geradezu wunderbaren Aufschwung nahm. Dann, in ihrer besten Entwicklungsperiode (1918—1919) wurden die Genossenschaften durch Dekrete der Sovietregierung als staatliche Einrichtungen erklärt und 1920 völlig nationalisiert: die Konsumvereine gingen in der staatlichen Verwaltung auf und das Genossenschaftswesen verschwand als autonome Bewegung von der Bildfläche.

Diese Massnahmen entsprachen durchaus den Bemühungen der Regierung, das sozialistische Regime aufzurichten und sie sind daher vom Standpunkt dieser Regierung aus begreiflich. Allein, es zeigte sich, dass der Sozialismus sich nicht auf diesem Wege verwirklichen liess und dass die nach Millionen zählenden Mitglieder der Genossenschaften die Kontrolle ihrer Organisationen durch die Regierung ablehnten. Was sie wünschten, war lokale Autonomie und Bewegungsfreiheit. Die staatliche Kontrolle erwies sich als unfruchtbar. Die Regierung sah sich gezwungen, den Genossenschaften ihre Freiheit und Selbständigkeit durch das Dekret vom 7. April 1921 zurückzugeben. Inwieweit existiert nun aber diese Unabhängigkeit der Genossenschaften vom Staat in Tat und Wahrheit?

Die Kritiker der gegenwärtigen russischen Politik, und unter ihnen die meisten europäischen Genossenschafter, behaupten, dass die Genossenschaftsbewegung in Russland auch jetzt noch vom Staat kontrolliert werde. Andererseits versichern die höheren Genossenschaftsbeamten in Russland, dass die Bewegung sich voller Selbständigkeit erfreue. Die Wahrheit ist, dass die Regierung durch ihre Verfügung die Genossenschaften wohl der staatlichen Vormundschaft enthob, ohne ihnen damit die Freiheit zurückzugeben, denn sie sahen sich nun einer Welt überantwortet, in der es überhaupt keine Freiheit gab, weder für den Einzelnen noch für die Gesamtheit. Der Staat übt sein Kontrollrecht über Handel und Eigentumsverhältnisse so weit es ihm möglich ist. Das sollte deutlich im Auge behalten werden, denn eben darin besteht die Politik der russischen Regierung. Aber wo gebe es ein Land, in dem das Genossenschaftswesen vom Staat vollständig unabhängig wäre? Nirgends. Ueberall wird die genossenschaftliche Bewegung durch die Gesetzgebung und die Steuerpolitik mehr oder weniger von Staats wegen beeinflusst. Und es gibt in Europa ausser Russland zum wenigsten ein Land, in dem die genossenschaftliche Bewegung ganz und gar von der gerade herrschenden politischen Partei abhängig ist, nämlich Oesterreich. In Belgien sind Politik und Genossenschaftswesen unzertrennlich miteinander verbunden; und in Italien ist diese Verbindung so straff, dass die Genossenschaftsbewegung mit der Regierung steht und fällt.

Hier gestatten wir uns einige Bemerkungen, die vielleicht nicht ganz unangebracht sein mögen. Die alten Führer der russischen Genossenschaftsbewegung sind ausgeschieden. Die höheren Beamtenstellen wurden von Leuten eingenommen, die der Mehrzahl nach Kommunisten sind und nicht eigentlich mit der Bewegung verwachsen waren. Als Grund für die Eliminierung der früheren Leader wird deren feindseliges Verhalten gegenüber der Regierung angegeben und es wird gesagt, dass wenn die Bewegung fortschreiten sollte, sie dann solchen Leuten anvertraut werden musste, die mit der gegenwärtigen Regierung zusammenzuwirken vermochten. Da Grund und Boden wie auch die Häuser von der Regierung konfiziert wurden, war es nur natürlich, dass die Genossenschafter, so weit sie Land und Gebäude für ihre Zwecke bedurften, mit der Regierung zu unterhandeln hatten, wobei es für sie besser war, die trennenden Momente zurückzustellen. Auf diese Weise erklärt sich die Schwenkung in der Bewegung.

Dieses Entgegenkommen der Genossenschafter bedeutet jedoch nicht, dass sie Kommunisten sind und dem Kommunismus eine grössere Bedeutung zumessen als dem Genossenschaftswesen. Von einem Genossenschaftsbeamten erfuhr ich, dass die höheren Aemter in der Bewegung durch die Regierung besetzt werden, indessen die Ernennung der niederen Beamten und Angestellten durch die Vereine erfolgt. Die Regierung zeichnet durch die von ihr ernannten Persönlichkeiten die Richtung vor, die sie von den Vereinen in Hinsicht auf die Besetzung der übrigen Stellen befolgt sehen möchte.

Nur ein kleiner Teil der Angestellten der Konsumvereine sind Kommunisten. In der Leningrader Genossenschaft sollen etwa 20% der Angestellten Kommunisten sein. Noch geringer im Verhältnis ist die Zahl der kommunistischen Mitglieder; sie dürfte nur etwa 5% der gesamten Mitglieder betragen. Der technische Direktor einer grossen Brauerei sagte mir, dass etwa 20% der Arbeiter des Unternehmens Kommunisten seien. Ungefähr das gleiche Verhältnis bestand in einer Makkaronifabrik. Von 140 Kindern einer Schule wurden mir vom Lehrer 43 als kommunistische Zöglinge bezeichnet. Anlässlich einer kommunistischen Demonstration in Leningrad marschierten 100,000 Menschen im Zuge, während die Zahl der Kommunisten in der Stadt nicht halb so gross ist. Die Gesamtzahl der Kommunisten Russlands beläuft sich auf 650,000. Diese Leute sind sozusagen alle Mitglieder von Genossenschaften. Daraus geht hervor, dass ungefähr 5% der gesamten Mitgliedzahl Kommunisten sind. Das ist nicht eben imposant, wenn man sich daran erinnern will, dass in der stark entwickelten belgischen Bewegung von sämtlichen Mitgliedern verlangt wird, dass sie zugleich der sozialdemokratischen Partei angehören.

(Schluss folgt).

# Die Kosten der Lebenshaltung.

In dem in Nummer 17 des «Schweiz. Konsum-Vereins» unter vorstehender Ueberschrift erschienenen Artikel sind auch einige Angaben über die Entwicklung der Schuhpreise enthalten, und es ist dort festgestellt, dass diese am Platze Winterthur, auf den sich die Erhebungen beziehen, nur noch um ca. 29% höher stehen als 1914. Diese Feststellung ist irrtümlicherweise als eine ganz allgemeine wiedergegeben worden, während sie sich nur auf die in der dort abgedruckten graphischen Darstellung erfassten einzelnen Artikeln beziehen sollte.

Auf die grosse Differenz zwischen diesen Angaben und den Feststellungen anderer Plätze und des eidgenössischen Arbeitsamtes aufmerksam gemacht, möchten wir die Sache bestmöglich klarstellen. Vorerst sei festgestellt, dass die verwendeten Preisnotierungen richtig sind, aber sie geben nicht die richtige Grundlage ab für ein allgemeines Urteil. Die verwendeten Notierungen beziehen sich nämlich für die ganze Zeitspanne auf genau die gleichen Artikel. Das wäre an sich richtig, wenn nicht im Laufe der Jahre Aenderungen in Form und Schnitt eingetreten wären, welche die älteren Ausführungen verdrängt und damit auch im Preis gedrückt haben würden.

Aehnlich verhält es sich ja auch beim Lebensmittelindex, dessen Berechnung immer die gleichen Waren zu Grunde gelegt werden und die gleichen Verbrauchsmengen, trotzdem, besonders die letzteren, im Laufe der Jahre starke Veränderungen erfahren, einzelne in der Kriegszeit vorübergehend fast verschwunden, andere durch Ersatzmittel ungleicher Qualität vertreten wurden, was die Preise entsprechend beeinflusst hat. Das nämliche gilt von unsern Angaben über die Schuhe: Die gleichen Artikel, auf die sich die Preise 1914 schon bezogen haben, sind zwar heute noch vorhanden und erhältlich, und zwar in gleicher Qualität, aber sie entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen, werden deshalb nicht mehr gerne gekauft, was zur Herabsetzung der Preise führen muss.

Wenn an Stelle der Artikel die 1914 und 1919, also beim tiefsten und beim höchsten Stand der Schuhpreise, für 1925 die Preise für neue, moderne Fabrikate angenommen werden, so ergibt sich natürlich ein ganz anderes Resultat. Nachstehend sind je drei Artikel neuerer bis neuester Fabrikation notiert, die in Material wie Ausführung möglichst genau denen entsprechen, wie sie für 1914 und 1919 unsern Notierungen zugrunde lagen, und die auch je für den nämlichen Dienst bestimmt sind.

| | Männerschuh | Frauenschuh | Kinderschuhe Nr. 30/35 | Kinderschuhe Nr. 27/29 |
|---|---|---|---|---|
| | 32.20 | 25.40 | 15.60 | 12.80 |
| | 33.40 | 32.20 | 19.40 | 16.80 |
| | 26.40 | 23.60 | 20.— | 17.20 |
| Mittel 1925: | 30.67 | 27.07 | 18.33 | 15.60 |
| Stand von 1914: | 19.93 | 18.23 | 11.47 | 9.93 |
| 1925 in % v. 1914: | 153,9 | 148,5 | 159,8 | 157,1 |

Mittel aller Notierungen: 154,8%, 1914 für 100 angenommen.

Ist dieses Ergebnis auch wesentlich höher als die frühere Angabe, wofür die Erklärung in den vorstehenden Ausführungen liegt, so steht diese Teuerungsziffer doch noch wesentlich unter dem Befund des eidgenössischen Arbeitsamtes, das für das erste Quartal 1925 = 171% notiert. Diese Differenz ist immer noch so gross, dass man unwillkürlich nach einer Erklärung sucht. Wenn wir hören, dass Zürich eine Teuerungsziffer für Schuhe von 182 notiert und Bern annähernd auf 200 steht, so würde also die Landeszahl ungefähr in der Mitte stehen, womit aber noch kein Aufschluss gegeben ist über die ausserordentlich grossen Differenzen der verschiedenen Resultate. Die prozentualen Berechnungen stellen ab auf die Preise von 1914. Es ist also wohl möglich, dass erhebliche Unterschiede im Preisstand der verschiedenen Plätze von damals, stark beitragen zu den Differenzen in den prozentualen Vergleichen, in welchem Fall auch die effektiven Preise von 1925 nicht so weit auseinanderliegen wie die prozentuale Gegenüberstellung das vermuten lässt.

Um bei den lokalen Verhältnissen zu bleiben, mag ein weiterer Vergleich einiges Interesse bieten. Im «Genossenschaft. Volksblatte» No. 18, Lokalauflage, sind gute Schuhe, weniger kuranter Form, aber tadellos in Material und Arbeit zu reduzierten Preisen angeboten. Neben den, anlässlich der Liquidation der Lagerbestände des V. S. K. übernommenen Partien, sind alle gleichen und ähnlichen Schuhe am eigenen Lager zu gleichen Einheitspreisen angeschrieben worden, die so berechnet sind, dass der Ausfall in Folge der Preisreduktion der eigenen Bestände, erträglich bleibt. Von den in diesem Inserat als Beispiele angeführten Artikeln passen deren 18 ungefähr zu einer vergleichenden Gegenüberstellung mit den für 1914 notierten Schuhen. Diese zeigt folgende Mittelpreise:

| Mittelpreise | 1914 | 1925 | 1925 ist höher um % |
|---|---|---|---|
| Männerschuhe | 19.93 | 24.96 | 25,27 |
| Frauenschuhe | 18.23 | 20.25 | 11,12 |
| Kinderschuhe 30/35 | 11.47 | 14.80 | 29,03 |
| Kinderschuhe 27/29 | 9.92 | 14.30 | 44,00 |

Die Preise von 1925 stehen also um 27,4% höher als 1914. Dabei handelt es sich nicht um eine kleine Partie, sondern um Bestände im Wert von ca. Fr. 30,000.—, also genug um bei der Beurteilung des momentanen Preisstandes mit berücksichtigt werden zu dürfen. Bei den Notierungen von 1914 sowohl als 1925 kann mit einer in den Preisen inbegriffenen Rückerstattung von 6% gerechnet werden. *f.*

## Volkswirtschaft

### Wirtschaftlicher Wochenbericht.

In England ist das Budget, d. h. der Entwurf zum Staatshaushalt stets das wichtigste wirtschaftliche Ereignis des Jahres. Das wird begreiflich, wenn man nur die Zahlen des Budgets ansieht. Beträgt doch in dem soeben dem Parlament vorgelegten Entwurf zum diesjährigen Staatshaushalt die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben über vierzigtausend Millionen Franken. An Einnahmen aus Steuern und Zöllen sind darin über siebzehntausend Millionen Franken budgetiert, wovon etwa sechstausend Millionen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben, 6550 Millionen aus der Einkommensteuer und der Rest aus andern Quellen beschafft werden soll. Zum weitaus grössten Teil wird auch dieser Rest durch direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen aufgebracht. Nur etwas mehr als ein Drittel der reinen Staatseinnahmen stammen aus den die breiten Massen belastenden Zöllen und Verbrauchssteuern. Man muss freilich in Betracht ziehen, dass in England der Staat viele Aufgaben erfüllt, welche in der Schweiz den Kantonen zufallen, die ebenfalls ihre Ausgaben zum grössten Teil aus direkten Steuern bestreiten, so dass also die schweizerische Finanzpolitik beim Vergleich mit der englischen nicht so ungünstig abschneidet, als es beim Vergleich der Staatsbudgets der Eidgenossenschaft und des britischen Weltreiches den Anschein hat. Aber jeder billig Denkende muss zugeben, dass die besitzenden Klassen in England tief in ihre Taschen gegriffen haben, um die staatlichen Bedürfnisse zu bestreiten, und einen Heroismus im Steuerzahlen bekunden, den man bisher in keiner anderen Nation den wohlhabenden Klassen zuzumuten gewagt hat.

Freilich fliesst ein grosser Teil dieser hauptsächlich von den besitzenden Klassen aufgebrachten Staatseinnahmen wieder in ihre Taschen zurück. Mehr als die Hälfte der ordentlichen Einnahmen aus Steuern und Zöllen wird für Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld verwendet, deren Titel sich wohl zum grössern Teil im Besitz wohlhabender Leute befinden und viele andere Staatsausgaben, wie jene für Marine und Armee, kommen ebenfalls wieder grösstenteils den wohlhabenden Klassen des Landes zugut. Der Vorwurf des Militarismus, dass heisst der übermässigen Beanspruchung der Steuerzahler für Militärzwecke, kann dem englischen Budgets dabei nicht einmal gemacht werden, denn nur etwa 15 Pro-

zent der gesamten Staatseinnahmen sind für Grossbritanniens Streitkräfte zu Lande, Luft und Wasser bestimmt. Der sogenannte Zivildienst, worin die Schule inbegriffen ist, erfordert bedeutend mehr als die gesamten Wehrausgaben, nämlich 5500 Millionen gegen etwa 3000 Millionen Franken.

Trotz dieser starken Anspannung der Staatsfinanzen hat die englische Regierung noch den Mut zu einer weitgehenden Ausdehnung der Altersversicherung gefunden. Die Altersgrenze der Nutzniesser der Altersversicherung soll von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt werden und es soll allen Versicherten nach Erreichung dieses Alters eine wöchentliche Unterstützung von zehn Schilling (etwa 12½ Franken) ausgerichtet werden. Ferner soll die Altersversicherung durch eine Witwen- und Waisenversicherung ergänzt werden und zwar soll jede Witwe ebensoviel erhalten wie ein Altersrentner, nämlich 10 Schilling wöchentlich, wozu für das erste Kind noch fünf Schilling, für jedes folgende, das sie zu erhalten hat, je drei Schilling kommen. Bei elternlosen Waisen soll für das älteste 7½ Schilling, für jedes folgende Kind sechs Schilling wöchentlich gezahlt werden. Diese Versicherung wird etwa 70 Prozent der englischen Bevölkerung zugute kommen. Für den Staat sollen aus ihrem auf den 6. Januar 1926 festgesetzten Inkrafttreten etwa 2200 Millionen Franken Ausgaben erwachsen. Die Deckung dieser Ausgaben und weiterer Beiträge ist so vorgesehen, dass darauf die Ersparnisse verwandt werden sollen, die sich für den Staat aus der allmählichen Verringerung der Pensionen an die Kriegsinvaliden ergeben.

Noch zu einem andern kühnen Schritt hat die englische Regierung sich entschlossen, zu der Wiederherstellung der Goldwährung. Zwar wird die unbeschränkte Einlösbarkeit der Banknoten in Gold noch nicht wieder hergestellt, aber es wird das Goldausfuhrverbot aufgehoben und damit wird es englischen Kaufleuten wieder möglich gemacht, ihre ausländischen Schulden in Gold zu bezahlen, wenn sich dies für sie vorteilhafter stellt als der Ankauf ausländischer Devisen. Dass dies praktisch auch bei Nichteinlösbarkeit der Noten in Gold die Wiederherstellung der Goldwährung bedeutet, ist jedermann klar und der Kurs des englischen Geldes ist dementsprechend bereits bis nahe an den Goldwert gestiegen. Ebenso erreichte der amerikanische Dollar sofort den Goldwert, als bekannt wurde, dass die amerikanische Regierung das Goldausfuhrverbot aufzuheben entschlossen sei. Zweifellos wird England die Wiederherstellung der vollen Goldwährung anstreben und davon nicht wieder abgehen. Es ist für die stolze englische Hochfinanz wohl etwas beschämend gewesen, dass die besiegten Länder Deutschland und Oesterreich seit Jahren eine stabilere Währung hatten als das reichste Land Europas.

Leider hat das diesjährige englische Budget bei all seinen Vorzügen einige Ueberraschungen gebracht, die gerade die Schweiz empfindlich treffen, nämlich neue bedeutende Zölle auf Taschenuhren und Seidenwaren. Die englische Regierung glaubt anscheinend, diese Zölle als Abgabe auf Luxuswaren auch aus sozialen Gesichtspunkten rechtfertigen zu können. Der Zoll auf Uhren wird voraussichtlich unserer Industrie nicht so starken Abbruch tun, da England selber keine gleichwertigen Taschenuhren erzeugt und daher trotz dem Zoll auf die schweizerische Uhrenindustrie angewiesen bleibt. Schlimmer steht es schon um die Aussichten unserer Seidenindustrie, die möglicherweise durch die neuen Zölle einen beträchtlichen Teil ihres Absatzgebietes in England an die englische Konkurrenz verliert. Da England etwa zwei Drittel unserer gesamten Ausfuhr an Seidenwaren aufnimmt, ist die Gefahr für die schweizerische Seidenindustrie nicht leicht zu nehmen. Es wäre wünschenswert, dass es der freihändlerischen Strömung in England gelänge, die geplanten Zölle zu Fall zu bringen oder wenigstens so weit abzuschwächen, dass sie für den schweizerischen Export erträglich werden.

## Kreiskonferenzen

**Kreiskonferenz vom 26. April im Hotel «Flumserhof» in Flums.** Sonntag, den 26. April, fand im Hotel «Flumserhof» in Flums die Frühjahrskonferenz des Kreisverbandes IXa statt. Anwesend waren ausser dem Kreisvorstand 70 Delegierte aus 29 Vereinen. Keine Delegierten haben geschickt: Benken, Rüthi (Rheintal) und Wildhaus. Als Vertreter des V. S. K. war anwesend Herr G. Degen.

Präsident Störi, Hätzingen, eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache: Zur heutigen Versammlung heisse ich Sie herzlich willkommen. Speziellen Gruss entbiete ich dem Vertreter des V. S. K., Herrn Degen, sowie dem Rechnungsrevisor des V. S. K., Herrn Landrat Th. Hefti. Nachdem ich diesmal beauftragt bin, über den Jahresbericht und die Jahresrechnung zu referieren, will ich mich einleitend kurz fassen. Wenn wir einen Rückblick werfen auf das verflossene Jahr, so können wir wiederum mit dem Jahresabschluss des V. S. K. sowie mit den ihm angeschlossenen Vereinen zufrieden sein, indem sich die Umsätze in steigender Tendenz bewegten. Was die Vereine in unserem Kreise anbetrifft, kann ich ebenfalls sagen, dass dieselben gut vorwärts schreiten. Wenn es auch noch solche hat, die noch von früher her mit etwelchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, bin ich doch überzeugt, dass sich dieselben durch Genossenschaftstreue der Mitglieder und eifriges Arbeiten der Vorstandsmitglieder emporschwingen werden.

Es macht mir immer Freude, wenn ich Genossenschaften zu ihrem Jubiläum gratulieren kann. Diesmal kann ich dem Konsumverein Netstal zu seinem 60jährigen Jubiläum gratulieren. Derselbe hatte zu Beginn seiner Tätigkeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen, aber unentwegt ist er vorwärts geschritten und heute ist der Konsumverein Netstal eine blühende Genossenschaft. Für den Vorstand war es eine Zeit angestrengter Arbeit. Aber auch von den Mitgliedern wurden grössere Opfer gefordert, indem sie längere Zeit auf jede Rückvergütung verzichten mussten, indem der ganze Ueberschuss jeweils zur Amortisation verwendet wurde. Mit neuem Eifer, mit neuer Kraft wurde immer vorwärts gearbeitet. Heute stellt das ehemals junge Pflänzchen einen schönen Baum dar. Dank gehört auch den Verkäufern, die in früheren Jahren wohl mehr als acht Stunden pro Tag arbeiten mussten. Auch wollen wir dreier lieber Kollegen gedenken, die durch ihre aufopfernde Arbeit diesen Verein in die Höhe gebracht haben, nämlich J. Leuzinger, Oberrichter Weber und Präsident L. Zweifel. Mögen dieselben uns jüngern Genossenschaftern ein gutes Beispiel sein.

Ferner feierte in unserem Kreise unser verehrter Kassier, Verwalter Fritz Michel, Glarus, sein 30jähriges Dienstjubiläum. Unter seiner Mitwirkung

ist der Umsatz, der im Jahre 1895 Fr. 133,000.— betrug, heute auf Fr. 1,007,500.— gestiegen. Er hat viel dazu beigetragen, durch unermüdlichen Fleiss und Arbeit, dass der Konsumverein Glarus heute auf gesundem Boden steht. Möge Freund Michel sich noch recht lange dem Genossenschaftswesen widmen können.

Es ist Ihnen wohl bekannt, dass unser verehrter Herr B. Jaeggi 25 Jahre im V. S. K. tätig ist. Die Sitzung des Aufsichtsrates vom 28. Februar erhielt dann eine besondere Bedeutung durch eine wohl bescheidene, aber zu Herzen gehende Jubiläumsfeier zu Ehren des Präsidenten der Verwaltungskommission, Herrn Jæggi. Die Feier gab dem Aufsichtsrat und der Verwaltungskommission Gelegenheit, dem verehrten Jubilar im Beisein seiner geschätzten Gattin und Mitarbeiterin ihre hohe Anerkennung sowie ihren aufrichtigen Dank auszudrücken für die dem V. S. K. und dem gesamten Genossenschaftswesen geleisteten Dienste. Herr Jæggi hat sich grosse Verdienste erworben. Dank seinen hervorragenden Geisteskräften, verbunden mit Organisationstalent, hat er den Verband aus kleinen Anfängen zu einer achtunggebietenden Wirtschaftsorganisation emporgebracht. In tief empfundenen Ansprachen kamen seine Verdienste zum Ausdruck. Möge es Herrn Jæggi vergönnt sein, noch während vielen Jahren seine Arbeitskraft der Genossenschaftsbewegung zu widmen. Ich nehme an, dass Sie mit mir einig gehen, wenn wir dem Jubilaren ein Dankestelegramm senden. Mit dem Wunsche, dass der V. S. K. und die ihm angeschlossenen Vereine auch fernerhin blühen und gedeihen mögen, gehen wir über zur Abwicklung der Traktanden.

Als Stimmenzähler wurden gewählt: Leuzinger, Netstal, Zweifel, Linthal und Gavawer, Azmoos.

Das Protokoll über die Herbstkonferenz vom 2. Oktober 1924 in Netstal wurde verlesen, genehmigt und verdankt.

Rechnungsablage. Kassier Fritz Michel, Glarus, verliest dieselbe. Sie zeigt folgendes Bild: a) Einnahmen: Jahresbeiträge der Vereine Fr. 469.25; Verbandsbeitrag Fr. 450.—; Zinsen Fr. 32.45; Total Fr. 951.70. b) Ausgaben: Gehalte an Präsident, Kassier und Aktuar Fr. 150.—; Konferenzen und Sitzungen Fr. 462.75; Beitrag für Propaganda Fr. 20.—; Frankaturen und Anschaffungen Fr. 130.50; Total Fr. 763.25. Vermögensausweis: Guthaben im Depotheft Fr. 1119.—; Kassasaldo Fr. 14.60; Total Vermögen Fr. 1133.60; Vermögen im Vorjahre Fr. 945.15; Vermögensvermehrung Fr. 188.45.

Der Bericht der Rechnungsrevisoren stellt den Antrag, die Rechnung zu genehmigen und zu verdanken. Diesem Antrag wird von der Versammlung einstimmig beigepflichtet.

Kreisschreiben der Präsidentenkonferenz in Olten betreffend Beitragsleistung für Propaganda. Präsident Störi verliest das Zirkular, in welchem es heisst, dass die Propagandatätigkeit kraftvoll gefördert werden sollte. Dies könne geschehen, durch Schulung des Personals und durch Ausbildung tüchtiger Führer und Führerinnen. Zu diesem Zwecke vergabte Herr B. Jæggi bereits Fr. 50,000.—. Um diese Stiftung rasch zu äufnen, gelangen die Kreispräsidenten an alle Kreisverbände mit der Bitte, bei einer betreffenden Sammlung mitzuwirken. Es sollten die Kreisverbände einen namhaften Beitrag bewilligen. Auch jeder Verein sollte einen Beitrag zeichnen. Die Sammlung müsse Ende Mai abgeschlossen werden.

Der Vorsitzende, der an der betreffenden Präsidentenkonferenz teilgenommen hatte, betonte, dass von einem Beitrag der Kreisverbände von je Franken 2000.— gesprochen wurde. Er habe sich schon dort gegen diesen hohen Beitrag seitens unseres Kreises, der nur Fr. 1100.— Vermögen besitzt, verwahrt. Im Auftrage des Kreisvorstandes beantragte er, dass demselben für diesen Zweck ein Kredit von Fr. 500.— gewährt werden möchte. Dies dürfte etwa unsern Kräften entsprechen.

Zweifel, Schwanden, war der Meinung, dass man auf Fr. 1000.— gehen könnte, dagegen müsste der Beitrag der Vereine an die Kreiskasse auf 10, event. auf 15 Cts. erhöht werden.

Kassier Michel und Aktuar Hefti sind der Meinung, dass die Versammlung die Höhe des Beitrages noch nicht bestimmen sollten, sondern nur den Kredit bewilligen. Man müsse sich zuerst orientieren, wie sich die finanzkräftigen Kreisverbände beteiligen. Saager, Mollis, wäre für Fr. 1000.—.

Nach reiflicher Besprechung wurde beschlossen, dem Vorstand einen Kredit von Fr. 500.— bis Fr. 1000.— zu bewilligen und es wurde dabei die Erhöhung des Beitrages von 5 Cts. auf 10 Cts. per je Fr. 1000.— Umsatz einstimmig bewilligt. Dabei machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass diese Beiträge anlässlich der Herbstkonferenz eingezogen werden, um Porto zu sparen.

Kenntnisgabe eines Schreibens der Verwaltungskommission betreffend: a) Ausbau der Verbandspresse, b) Erhöhung des Bonus. Präsident Störi gibt das Schreiben bekannt, in welchem betont wird, dass es im Bereiche jedes Vereins liege, eine Kollektivversicherung in Verbindung mit dem Abonnement des «Gen. Volksblattes» abzuschliessen, wodurch gegen Mehrbezahlung von Fr. 2.— per Abonnement die Ausrichtung eines Sterbegeldes von Fr. 100.— ermöglicht würde. Der Kreisvorstand stelle nun den Antrag, dass diese Angelegenheit den einzelnen Vereinen überlassen werden solle.

Zweifel, Schwanden, wünscht, dass der Kreisvorstand die Verwaltungskommission ersuchen sollte, sie möchte Erhebungen machen und dem Kreisvorstand mitteilen, wie hoch das Abonnement des «Gen. Volksblattes» kommen würde mit einer Sterbeversicherung von je Fr. 100.— und einem Unfallsbetrag von Fr. 3000.— bis Fr. 5000.—. Die andern Zeitungen machen auch gute Geschäfte mit diesen Versicherungen.

Degen, Wülflingen, glaubt, dass die Einbeziehung der Unfallversicherung zu Komplikationen führen würde, da die Volksfürsorge keine solche eingeführt habe.

Landrat Hefti glaubt, dass bei Einführung des Antrages Zweifel das «Gen. Volksblatt» Fr. 6.— mehr kosten würde und das sei zu viel. Dies könnten die wenigsten Vereine leisten.

Präsident Störi ist für Weglassung der Unfallversicherung.

In der Abstimmung wird Antrag Zweifel angenommen.

Betreffend Punkt b, Bonus, wird allgemein beschlossen, man möchte nochmals an den V. S. K. gelangen, insonderheit im Hinblick auf bestimmte Artikel.

Jahresbericht und Jahresrechnung V. S. K. Präsident Störi, Mitglied des Aufsichtsrates, referiert: Da der Referent annimmt, dass

die Delegierten den ausführlichen Jahresbericht studiert haben, will er sich kurz fassen. Dank der allmählich eingetretenen Besserung in den Wirtschaftsbeziehungen der Völker, haben sich auch in der Schweiz die wirtschaftlichen und damit auch die Arbeitsverhältnisse merklich gebessert. Die zunehmende Ausfuhr schweizerischer Erzeugnisse, die überaus starke Zunahme des Fremdenverkehrs und die vermehrte Bautätigkeit und daherige Zunahme der Kaufkraft, haben auch auf die Konsumvereinsbewegung einen günstigen Einfluss ausgeübt. Die Ergebnisse des V. S. K. dürfen im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden. Wohl musste auch im verflossenen Jahre die Sanierung einiger Verbandsvereine vorgenommen werden, als Folge der Rückwirkung aus der Kriegszeit, dagegen haben doch zahlreiche Vereine ihre Verhältnisse wieder erheblich verbessert und es darf festgestellt werden, dass die Grosszahl der Vereine sich durchaus auf gesunder, solider Grundlage weiter entwickeln. Es wird allerdings auch inskünftig an der inneren Stärkung der Vereine gearbeitet werden müssen, insbesondere darf die stetige Aufklärung der Mitglieder und vor allem auch des Verwaltungs- und Verkaufspersonals nicht vernachlässigt werden. Diesem Zwecke diente letztes Jahr in vorzüglicher Weise der im Genossenschaftshaus abgehaltene Ferienkurs für das Genossenschaftswesen. Derselbe soll wiederholt werden. Es liegt ein Traktandum vor, wonach die Propagandatätigkeit kraftvoll gefördert werden soll.

An den Herbstkonferenzen sind verschiedene Thesen betreffend Schuhfabrikation und Schuhwarenvermittlung behandelt worden. Diese Thesen wurden von allen Konferenzen gutgeheissen. Sie enthielten Wegleitungen, nach denen inskünftig eine rationellere Herstellung der Schuhwaren ermöglicht werden soll. Die Behörden des V. S. K. haben es für das Richtige gefunden, die Schuhfabrik einer Zweckgenossenschaft abzutreten. Die Genossenschaft «Schuh-Coop» ist am 1. März 1925 gegründet worden. Bereits sind eine Anzahl Vereine beigetreten und es ist zu hoffen, dass andere noch folgen werden. Die neue «Schuh-Coop» darf nicht mit alten Warenbeständen belastet werden. Um das Lager zu räumen, sind die Preise erheblich reduziert worden. Der Fabrikbetrieb ist so zu organisieren, dass sich die Genossenschaft selbst erhält. Die Vereine, die noch nicht Schuhwaren vermitteln, sind ersucht, sich mit der «Schuh-Coop» in Verbindung zu setzen. In der Dezembersitzung des Aufsichtsrates wurden die Lohnverhältnisse des Personals pro 1925 geregelt. Beim Personal der Schuhfabrik wurde mit Rücksicht auf die «Schuh-Coop», das nun deren Sache sein wird, die Lohnfrage nicht in Beratung gezogen. Der V. S. K. wird sich an der neuen Zweckgenossenschaft mit einer Million Franken beteiligen. Redner weist auch hin auf die Annäherungsversuche der verschiedenen genossenschaftlichen Organisationen der Schweiz. Ebenfalls verwies er auf die an den Herbstkonferenzen vorgelegten Thesen betreffend Förderung der genossenschaftlichen Sparkraft durch Errichtung einer allgemeinen Genossenschaftsbank.

Redner gibt noch Aufschluss über die Mitgliederbewegung des V. S. K., über die Streitfrage Niedergösgen-Schönenwerd, über den Personalbestand des V. S. K. Die eingetretene Personalreduktion sei nicht auf Entlassungen zurückzuführen, sondern es seien einfach freiwillig Austretende nicht mehr ersetzt worden. Das Personal des V. S. K. verdiene alle Anerkennung für seine treue Arbeit. Betreffend Geschäftsführung der Verwaltungskommission sei nur Lobenswertes zu berichten. Dieselbe habe 2055 Traktanden behandelt und aussserdem an den Sitzungen des Aufsichtsrates, an unzähligen Versammlungen und Kreiskonferenzen teilgenommen.

Die Warenvermittlung habe sich im verflossenen Jahre vermehrt. Die Betriebsrechnung schliesst gut ab. Dem Verbandsvermögen seien Fr. 300,000.— zugewiesen worden, dasselbe betrage nun Franken 3,800.000.—. Bedeutende Abschreibungen seien vorgenommen worden. Der Gesamtumsatz betrage Fr. 123½ Millionen, oder rund 5 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Vereine möchten in Zukunft noch in vermehrtem Masse die Waren beim Verband beziehen. Die Jahresrechnung wurde von den Revisoren geprüft und sie beantragen Genehmigung derselben. Redner empfiehlt auch der heutigen Kreiskonferenz, den Jahresbericht und die Jahresrechnung zu genehmigen und an die Delegiertenversammlung in empfehlendem Sinne weiter zu leiten.

Landrat Hefti, Diesbach, gibt als Revisor des Verbandes noch verschiedene Auskunft. Der Verband habe alles vorgekehrt, um Verluste des Umfanges, wie sie in letzter Zeit erfolgten, auf ein Minimum zu reduzieren. Der Verband kontrolliere die Finanzen der Vereine. Wenn ein Verein mit den Zahlungen im Rückstande sei, werde sofort Deckung verlangt, ansonst die Lieferungen eingestellt werden. Wegen der Schuhfabrik meinte er ganz richtig, dass sich vor 10 Jahren eine Mehrheit gefunden habe, welche meinte, die Sache sei gut. Jetzt sei es nun anders. Es sei in letzter Zeit ausserordentlich viel an Schuhen abgeschrieben worden. Der Betrieb des V. S. K. sei in sehr guten Händen. Auch Hefti betont die grossartige Leistung des Herrn Jæggi. Er empfiehlt Annahme der Jahresrechnung.

Zweifel, Schwanden, erinnert an die von ihm wiederholt gemachte Forderung nach mehr Verbandsvertretern, die die Vereine fleissiger besuchen könnten. Er stellt indessen keinen Antrag.

Hofmann, Schmerikon, weist auf die grossen Verluste hin, die der Verband an verschiedenen Vereinen erlitten habe. Der Verband sei nicht ganz frei von Schuld. Es habe an einer richtigen Kontrolle gefehlt. Auch kritisiert er, dass der V. S. K. keine Ersatzverkäuferinnen stellen könne, für Verkäuferinnen, die ihren Urlaub beziehen wollen.

Präsident Störi betont, dass die Verluste nicht von der jetzigen Zeit datieren, sondern sie seien eine Folge der Kriegszeit. Man müsse dem Verband dankbar sein, wenn er die betreffenden Vereine nicht im Stiche gelassen habe.

Degen ist der Meinung, dass die Vereine betreffend Ersatzverkäuferinnnen sich selbst aushelfen könnten. Wegen dem Vorwurf mangelhafter Kontrolle betont er, dass die Verbandsrevisoren möglichst regelmässig bei den Vereinen vorsprechen. Durch die stetige Reduktion des Personals und Zunahme des Verkehrs sei auch die Arbeit der Funktionäre gestiegen und es müsse deshalb die Zeit eingeteilt werden.

Zweifel, Schwanden, ist der Meinung, es solle mehr Personal eingestellt werden. Privatgeschäfte haben auch Reisende en gros. Die wissen doch auch was rentiert. Wenn die Vertreter mehr bei den Vereinen vorsprechen würden, hätten sie auch eine grössere Uebersicht und Kontrolle.

Michel, Glarus, betont unter allgemeiner Heiterkeit, dass, wenn noch mehr Vertreter gekommen wären die notleidenden Vereine noch mehr

Waren bestellt hätten und die Verluste wären noch grösser geworden. Für ihn kommen die Vertreter oft genug. Er komme ganz gut aus mit dem täglich erscheinenden «Bulletin».

In der darauffolgenden Abstimmung wurde Jahresbericht und Jahresrechnung einstimmig angenommen.

Delegiertenversammlung in Ragaz. Präsident Störi referiert: Es sei zu bemerken, dass ausser der Behandlung des Jahresberichtes und der dazu gestellten Anträge keine Geschäfte von grosser Tragweite vorliegen. Es seien für dieses Jahr wieder Vertreter ausländischer Genossenschaftsverbände eingeladen. Die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden voraussichtlich von den Kreiskonferenzen wiederum zur Wahl vorgeschlagen. An Stelle des verstorbenen Herrn Baumgartner sei eine Neuwahl zu treffen, auf die der Kanton Thurgau Anspruch erhebe. Vom Konsumverein Frauenfeld sei Herr Nationalrat Höppli vorgeschlagen worden, dagegen habe der Kantonalverband thurgauischer Konsumvereine beschlossen, der Kreiskonferenz einen Doppelvorschlag zu machen in den Personen des Herrn Verwalter Hausammann, Romanshorn und dem Präsidenten Althaus in Bischofszell. Wen die Kreiskonferenz der Ostschweiz definitiv der Delegiertenversammlung vorschlägt, kann noch nicht beurteilt werden. Anträge von Verbandsvereinen und Kreisverbänden seien bis heute noch keine eingereicht worden. Solche Anträge können noch bis zum 8. Mai eingereicht werden. Die Diskussion wird nicht benützt über dieses Traktandum.

Als nächster Konferenzort wird einstimmig Uznach gewählt.

Allgemeine Umfrage. Zweifel, Schwanden, führt aus, dass mit Ausnahme des Jahresberichtes an der Delegiertenversammlung keine andern Traktanden zu erledigen seien. Die Leute müssen von weit herkommen, für fast um nichts. Es sollte an der Delegiertenversammlung unter solchen Verhältnissen ein belehrender Vortrag über ein aktuelles Thema abgehalten werden. Die Delegiertenversammlung sollte nicht in einen Bummel ausarten. Er ist ferner der Meinung, dass die zuletzt herausgegebene Detailliste für Schuhwaren nicht zweckmässig sei. Er wehrt sich auch gegen das Geschenkunwesen. Man müsse diese Geschenkartikel bekämpfen. Die Konsumvereine sollten keine Waren beziehen, die Reklamegeschenke enthalten. Die heutige Versammlung solle eine Resolution fassen, in der das Geschenkunwesen als etwas Ungesundes bekämpft werden solle. Die Versammlung geht mit diesem letzten Punkt einig.

Gyger, Murg, äussert sich ebenfalls zu der neuen Schuhpreisliste. Er ist damit zufrieden, nur sollte noch eine gleiche Liste beigelegt werden, auf welcher die Preise nicht beigedruckt sind, damit die Vereine die Verkaufspreise einsetzen können.

Ochsner, Rapperswil, teilt mit, dass die Preisliste mit einem Papierstreifen überklebt werden könne, worauf die Verkaufspreise geschrieben werden können.

Michel, Glarus, macht darauf aufmerksam, dass dieses Frühjahr infolge Uebergang der Schuhfabrik wahrscheinlich kein neuer illustrierter Schuhkatalog herausgegeben werde. Die Neuanschaffung eines solchen koste ca. Fr. 10,000.—.

Degen findet, es habe keinen Wert, in dieser Uebergangsperiode Beschlüsse zu fassen. Man müsse die Sache zuerst sich entwickeln lassen. Wappnen wir uns indessen mit Geduld.

Küng, Lachen, ist der Meinung, dass der Verband mit der neuen Schuhpreisliste den Vereinen, die Schuhlager haben, schwere Konkurrenz mache.

Degen erwiedert, dass alle privaten Schuhhandlungen in schwierigen Verhältnissen seien, indem sie Abschreibungen vornehmen müssen. Bei uns könne übrigens ein Ausgleich geschaffen werden, durch bessere Kalkulation der neu eingehenden billigen Schuhe.

Michel, Glarus, glaubt, dass der Kreisverband die Vermittlnug von Ferienersatzverkäuferinnen übernehmen könnte. Wenn die Vereine An- und Abmeldungen machen würden, wolle er die Sache übernehmen. Ferner erinnert er daran, dass wir unsern Präsidenten Rud. Störi zur Erneuerungswahl in den Aufsichtsrat anmelden sollten was mit Akklamation bestätigt wurde.

An Herrn Jæggi, Präsident der Verwaltungskommission, wurde folgendes Telegramm gesandt: Die heutige Kreisversammlung IXa spricht Ihnen den herzlichsten Dank aus für Ihre während 25 Jahren dem gesamten Genossenschaftswesen vorzüglich geleisteten Dienste!

Auf Antrag Zweifel, Schwanden, wurde für die Brandgeschädigten in Süs eine Tellersammlung veranstaltet, die Fr. 94.— ergab. Dieser Betrag wurde von der Kreiskasse auf Fr. 100.— aufgerundet.

Hiermit Schluss der Verhandlungen. Präsident Störi dankt den Delegierten für ihre rege Teilnahme und spricht dem Konsumverein Flums für die gebotene, wirklich hervorragende Tafelmusik ihrer Bürgermusik den besten Dank aus. Auf Wiedersehen in Uznach! Hefti, Rapperswil.

---

**Kreiskonferenz IXb.** Ergänzung. Unserem Bericht über die Frühjahrskonferenz in Nr. 19 des «Schweiz. Konsumverein» haben wir noch nachzutragen, dass mit den genannten Kreisvorstandsmitgliedern, die in globo wieder bestätigt worden sind, auch Hs. Meng, Samaden, wiedergewählt ist; ferner dass der Kreisvorstand den Auftrag erhielt, die Frage der Gründung einer Rabattvereinigung zu studieren. Ausserdem ist entschuldigend zu berichtigen, dass Felsberg mit zwei Delegierten an der Versammlung anwesend war. Gg. S.

---

**Bericht über die Konferenz des X. Kreises in Lugano am 3. Mai 1925.** Obschon die gewohnt frühe Tessinernatur dieses Jahr ihre Reize und Ueppigkeit noch nicht voll und ganz zur Entfaltung gebracht hat und kaltes Wetter mit Regenschauern abwechselnd mit Sonnenschein und Wärme an der Tagesordnung ist, haben sich doch über 40 Delegierte zu der, in Lugano stattfindenden Frühjahrskonferenz des X. Kreises angemeldet. Sie hatten ihren Entschluss wahrhaftig nicht zu bereuen, denn ein strahlender, südlicher Frühlingshimmel hatte sich aufgetan, um die Konsümler an ihren Tagungsort, dem prächtigen Luganeser Gemeinderatssaal, zu begleiten. Fast lockten die Sonnenstrahlen eher zu einem Spaziergang, dem ewig schönen Gelände des Luganersees entlang, oder in die saftig grüne Umgebung, statt in den ernsten Sitzungssaal. Doch zuerst die Pflicht und dann das Vergnügen, wussten doch die Teilnehmer, dass nach der Arbeit ein schmuckes Motorboot, sie zu kulinarischen Genüssen, über den See, nach Caprino führen würde.

Kreispräsident Casali konnte etwa 50 Delegierte, darunter Herrn Aufsichtsrat Rusca und Vertreter Hübner vom Konsumverband begrüssen. Herr Zellweger, als Beauftragter der Verwaltungskommission, konnte leider, infolge plötzlicher Erkrankung, an der Tagung nicht erscheinen und die Versammlung nahm vom Entschuldigungsschreiben, das verlesen wurde, mit Bedauern Kenntnis. Von der Verlesung des Protokolls der Herbstkonferenz wurde Umgang genommen und dafür die Berichterstattung über die Tätigkeit des Kreiskomitees mit grösserem Interesse angehört. Nicht dass diese eine überaus rege gewesen wäre, indem eigentlich nur das Medizinalgesetz einige Eingaben an die Behörden erfordert hat, ohne indessen ein praktisches Resultat zu zeitigen. Die Vereine wissen heute überhaupt nicht ob und welche pharmazeutischen Produkte verkauft werden dürfen und hierüber hätte unbedingt Klarheit geschaffen werden müssen. Der Kreispräsident unterrichtete die Versammlung sodann über die erfolgte Absendung eines Glückwunschtelegrammes an Herrn Jæggi bei Anlass seines 25jährigen Dienstjubiläums, sowie von einer geplanten Aktion zur Aeuffnung eines Fonds für vermehrte genossenschaftliche Bildung, einer Aktion über welche die Vereine in den nächsten Tagen vermittelst Zirkular unterrichtet werden.

Dr. Bobbià, unterstützt von Herrn Rusca, findet, dass man die Angelegenheit mit dem Medizinalgesetz nicht auf sich beruhen lassen sollte, indem eine nicht erteilte Antwort der bezüglichen Behörde nicht einfach als Zustimmung aufgefasst werden dürfe und leicht zu Konflikten mit den unteren Instanzen, Lebensmittelinspektor und Polizeibeamten, Anlass bieten könnte. Er verspricht sich mehr von einer persönlichen Intervention seitens des Kreiskomitees. Die Versammlung geht mit dem Antrag einig, dass zwecks Schaffung vermehrter Klarheit über die Interpretation des Medizinalgesetzes eine Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Bobbià, Rusca und Hübner, bei der Regierung vorsprechen solle.

An Stelle des verhinderten Herrn Zellweger erhält sodann Vertreter Hübner das Wort zur Berichterstattung über den Bericht und die Jahresrechnung des Verbandes im Jahre 1924 sowie über die Traktanden der Delegiertenversammlung in Ragaz. In nahezu einstündigem Referat, durchging der Sprechende die im Laufe des Jahres geleistete grosse Arbeit der verschiedenen Abteilungen. In ehrender Weise wusste er die fruchtbringende Tätigkeit der verstorbenen Mitglieder des Aufsichtsrates, insbesondere aber des Gründers des Verbandes, des Herrn Professor Schär, zu schildern. Stehend würdigte die Versammlung die Verdienste der Verblichenen, mit dem Versprechen, dem leuchtenden Beispiel zum Wohle der gesamten Bewegung nachfolgen zu wollen. Noch einmal liess Herr Hübner im Geiste die schöne Basler Delegiertenversammlung, den Genossenschaftstag, die Genter Ausstellung und die Einweihung des Genossenschaftshauses im Freidorf vorüberziehen. Ernst und mahnend wusste er aber auch die Delegierten zu überzeugen, dass nur unentwegte Arbeit und treues Zusammenhalten die Vereine und den Verband stärker und machtvoller werden lassen können und nur durch äusserste Sparsamkeit und gute Geschäftsführung unsere Bewegung vor anderen einen Vorsprung habe. Ueberzeugend erklärt er, dass die Vereine mit Minderumsatz bei einigermassen gutem Willen mit Leichtigkeit mehr Waren hätten beim Verband beziehen und dadurch einen Mehrumsatz bewirken können. Er will bei dieser Gelegenheit die Illusion einiger Vereinsverwaltungen zerstören, die da glauben, der Verbandsvertreter komme eigentlich nur zur Informierung über die Preise und zur Erteilung guter Ratschläge, um dann denselben mit unbeschriebenem Bestellbüchlein abziehen zu lassen und den Bedarf bei der Konkurrenz zu decken. So viel dürfe zum mindesten von jeder Verwaltung verlangt werden, dass nach Erhalt der Besuchsanzeige des Verbandsvertreters wenigstens die Lager durchgangen werden und insofern die Mitglieder keine Zeit finden, wenigstens die Verkäuferin zur Erteilung des Auftrages der fehlenden Artikel ausnahmsweise Ermächtigung erhalte. Eine warme Empfehlung legte er auch für die Benützung des kürzlich erhaltenen reichhaltigen Kataloges der Abteilung Gebrauchsartikel ein. Nachdem die verschiedenen Rechnungen und Tabellen ihre erläuternde Erklärung gefunden haben und auch die in Ragaz zur Behandlung kommenden Geschäfte besprochen wurden, empfahl der Vortragende den Tessiner Delegierten Annahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung.

Herr Casali verdankte namens der Versammlung die mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Ausführungen und beantragt die Wiederwahl des Herrn Francesco Rusca als Mitglied des Aufsichtsrates des V. S. K. Mit Akklamation stimmten die Anwesenden diesem Antrag, sowie der Genehmigung der Rechnungen und Berichte zu.

Dem Bericht der Revisoren war zu entnehmen, dass die Kreiskasse einen Sollsaldo von Fr. 934.— aufweise und im übrigen die Rechnung sauber und ordnungsgemäss geführt worden sei. Sie wird ebenfalls unter Verdankung an den Ersteller einstimmig genehmigt.

Nach längerer Diskussion über den Beitrag zur Aeuffnung eines Fondes für vermehrte genossenschaftliche Bildung wurde einem Antrag Dr. Bobbiàs zufolge das Kreiskomitee mit der definitiven Festsetzung der Ausrichtung beauftragt.

Mit Befremden musste die Versammlung hören, dass zwei Vereine den Beitrag pro 1924, trotz wiederholter Mahnungen, nicht entrichtet haben. Während bei einem wahrscheinlich nichts mehr zu holen ist, versprach Vertreter Hübner den Inkasso beim andern saumseligen Verein besorgen zu wollen.

Ein Delegierter von Chiasso wünschte die Herstellung eines speziellen Mehltyps der M. S. K. für die Tessiner Vereine. Obschon Herr Hübner erklärte, dass dies bereits geschehe, scheint nicht die Qualität, sondern der dünklere Typ Veranlassung zum Wunsche obgenannten Delegierten gewesen zu sein. Dr. Bobbià als Aufsichtsrat der M. S. K. glaubt demnächst einen Besuch im Tessin seitens des Direktors der Konsummühle in Aussicht stellen zu dürfen und würde eine gemeinsame Aussprache mit sämtlichen Zürcher Mehl beziehenden Vereinen begrüssen.

Auf eine Anfrage seitens eines Delegierten von Meride, ob der Vertreter des Verbandes berechtigt sei, die Buchhaltung zu besichtigen und die Geschäftsführung der Vereine zu kritisieren, verweist Dr. Bobbià auf § 17, Ziffer d) und e) der Verbandsstatuten, darauf hinweisend jedoch, dass Revisionen in der Regel nur auf Verlangen der betreffenden Vereinsverwaltungen durch den Vertreter ausgeführt werden. Herr Rusca hält die Besichtigung der Buchhaltung und Ratschläge über die Geschäftsführung überhaupt als sehr im Interesse der Vereine liegend. Unter allgemeiner Heiterkeit wusste hierauf Herr Hübner die ihm wohlbekannten tieferen Gründe dieser Interpellation der Versammlung klarzulegen.

Eine Anfrage des Delegierten von Biasca über das Abkommen mit der Cooperativa Agricola Tici-

nese wird zur Erledigung an Vertreter Hübner überwiesen.

Damit erklärte Kreispräsident Casali die schöne Tagung für geschlossen und die Delegierten fanden gerade noch Zeit, das letzte Stück des von der Stadtmusik Lugano allsonntäglich gebotenen Vormittagskonzertes mitanzuhören.

Mit Ausnahme einiger «Deserteure» aber versammelte sich nun die fröhliche Gesellschaft am Landungssteg, allwo die stolze «Vedetta» die Teilnehmer in rascher Fahrt ans gegenüber liegende Ufer zur körperlichen Stärkung und geistigen Erholung nach den bestandenen Sitzungsstrapazen führte.

## Aus der Praxis

**Salzverkauf und Konsumvereine.** Unser Artikel «Neue Regelung des Salzverkaufes im Kanton Basel-Stadt» vom 28. Februar 1925 veranlasste unseren Verbandsverein in Neuenburg, die folgenden interessanten Mitteilungen zu machen.

«Ueber die Regelung des Salzverkaufes in der Stadt und Gemeinde Neuenburg interessiert es Sie vielleicht, einige Angaben zu erhalten. Bis zu Beginn des laufenden Jahres waren in der Stadt Neuenburg, gemäss einem Gesetz von 1902, 10 Verkaufsläden autorisiert, Salz zu verkaufen. Der Konsumverein hatte zwei Verkaufsstellen. Das Gesetz wurde jedoch nicht genau gehandhabt; die Filialbetriebe z. B. verkauften sozusagen in allen ihren Verkaufsstellen Salz.

Wiederholt unternahm unsere Genossenschaft, unterstützt durch den II. Kreis, Schritte, um die unhaltbare Situation zu ändern. Das Finanzdepartement, das zweifellos selbst einsah, dass bloss zehn Salzverkaufsstellen für unsere Stadt unzulänglich seien, schrieb uns am 26. Januar 1925 den nachfolgenden Brief:

«Wir haben die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass wir nach eingehender Prüfung der Sachlage und nachdem wir im vergangenen Jahre diverse Abänderungsvorschläge erhalten und wir uns mit der kommunalen Finanzdirektion verständigt haben, beschliessen, dass alle Firmen, die im Stadtgebiet von Neuenburg Salzverkaufsstellen innehaben, den Salzverkauf auch auf ihre städtischen Filialen ausdehnen dürfen.

Demzufolge kann z. B. die Firma X, die im Zentrum der Stadt heute eine Salzstelle hat und ausserdem in anderen Quartieren der Stadt noch eine oder zwei Filialen unterhält, auch in diesen Filialen Salz verkaufen; dagegen ist die nämliche Firma, sofern sie in andern Gemeinden des Kantons Filialen unterhält, nicht befugt, in diesen Filialen Salz auszuwägen.»

Nach diesem neuesten Entscheid ist unser Verbandsverein von Neuenburg ermächtigt, in allen seinen städtischen Verteilungsstellen Salz abzugeben.

---

Böse Augen sehen nichts Gutes.

* * *

Das ist eben in der ganzen Welt so: wenn der Obere etwas Dummes macht, so soll der Untergebene daran schuld sein oder wenigstens es wieder gut machen. *J. Gotthelf.*

## Verein schweiz. Konsumverwalter

**Verein schweiz. Konsumverwalter.** (Korr.) Zur Besprechung der laufenden Geschäfte versammelte sich letzten Samstag der Verbandsvorstand in Olten. Nachdem die Verwalterversammlung im Februar dieses Jahres im «Freidorf» den Antrag des Vorstandes betreffend Herausgabe eines Genossenschaftlichen Handbuches nach lebhafter Diskussion zurückwies, stellte sich der Vorstand auf den Standpunkt, vorerst sich von einer neuen Versammlung Richtlinien bezüglich Inhalt und Umfang dieses notwendigen Werkes geben zu lassen. Nicht ermunternd wirkte auch, dass die Bestellungen für die genossenschaftliche Bibliothek ziemlich dürftig eingingen. Für die Bernhard Jæggi-Stiftung (Genossenschaftliches Seminar) bewilligte der Vorstand einen Beitrag von Fr. 2000.—. Die Ansetzung einer Verwalterversammlung unmittelbar vor oder nach der Delegiertenversammlung in Ragaz erweist sich auf Grund der Erfahrungen früherer Jahre als nicht zweckdienlich. Obwohl der bewilligte Betrag von Fr. 2000.— die Kompetenz des Vorstandes übersteigt, glaubte letzterer im Sinne und Einverständnis aller Kollegen zu handeln, nicht zuletzt auch deshalb, weil die durch das Genossenschaftliche Seminar zu leistende Bildungsarbeit auch unsern Kollegen zugute kommt. Nichtsdestoweniger sind diejenigen Mitglieder, welche mit diesem Beschluss nicht einverstanden sind, ersucht, dies im Sinne des Referendums schriftlich dem Präsidium des Verwaltervereins mitzuteilen.

Im Laufe des Sommers ist die Durchführung eines zwei- bis dreitägigen Bildungskurses für Verwalter vorgesehen. Herr Dr. Pritzker, Chemiker, soll ersucht werden, u. a. einige Vorträge über Lebensmitteluntersuchungen etc. zu halten. Auch soll von juristischer Seite die vielumstrittene Frage der Verantwortlichkeit bei Inventurdifferenzen beleuchtet werden. Der Vorstand wird das detaillierte Programm baldmöglichst bekannt geben; er ersucht jetzt schon die Kollegen um recht zahlreiche Beteiligung. Im Anschluss an diesen im September im Freidorf vorgesehenen Bildungskurs wird die Generalversammlung des Verwaltervereins angesetzt.

Zum Schlusse wurde eine Anzahl neu angemeldeter Kollegen in den Verein aufgenommen. -n.

## Bibliographie

### Eingelaufene Schriften.

(Alle hier besprochenen und angezeigten Bücher können durch die Buchhandlung des V. S. K. bezogen werden.)

*Latvijas Kooperacijas Cada Gramata* (Jahrbuch der lettländischen Genossenschaftsbewegung).

*Latvijas Pirma Piensaimnieku Sabiedribu Kongresa materiali* (Erster Kongress der Genossenschaftsmolkereien in Lettland).

*Cand. oec. Ed. Balodis. Kooperacija. Programa-Konspekts.* (Aktionsprogramm der Genossenschaftsbewegung).

*Parskats par Latvijas Kooperativu Kongresu Padomes darbibu no 1920—1922 un par 1923. g.* (Tätigkeitsberichte des Verbandes lettländischen Konsumvereine über die Jahre 1920 bis 1922 und 1923).

*Skolenu Kooperativu Priekssstavju apspriedes 10—11 novembri 1923. g. Protokols* (Protokoll der Verhandlungen des genossenschaftlichen Schülerkongresses vom 10. und 11. November 1923).

*Schweiz. Rhein-Jahrbuch 1925.* Herausgegeben von der Schweiz. Schleppschiffahrtsgenossenschaft. Basel. 177 S.

*VIII. Schweizer Mustermesse in Basel.* Bericht vom 17. bis 27. Mai 1924. Basel 1925. 23 S.

*Genossenschaft schweizer Mustermesse.* Jahresbericht und Jahresrechnung für die Zeit vom 1. Oktober 1923 bis 30. September 1924. Basel 1925. 16 S.

*Basellandschaftliche Kantonalbank.* 60. Geschäftsbericht pro 1924. 36 S.

*Eidgenössische Bank.* Bericht über das 61. Geschäftsjahr 1924. Zürich 1925. 15 S.

*Eisenbahner-Baugenossenschaft Erstfeld.* 15. Jahresbericht und Rechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1924. Luzern 1925. 10 S.

*Siedelungsgenossenschaft Freidorf in Muttenz bei Basel.* Sechster Jahresbericht und Rechnung per 31. Dezember 1924. Basel, Buchdruckerei des V. S. K. 1925. 54 S.

*Eidgen. Arbeitsamt.* Sozialstatisische Mitteilungen, Heft 1. III. Jahrgang. Februar 1925. 42 S.

*Die Benzinzollfrage.* Ein Beitrag zu den ausserordentlichen Vollmachten. Herausgegeben vom Aktionskomitee der vereinigten Interessenten an der schweiz. Strassenverkehrsgesetzgebung. Zürich. 79 S.

*Eidgenössische Bank.* Unterschriftenverzeichnis. Zürich 1924. 22 S.

*Schweiz. Kreditanstalt.* 68. Geschäftsbericht für das Jahr 1924. Zürich 1925. 31 S.

*Handwerkerbank Basel.* 65. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1924. Basel. 13 S.

*Webb, Sydney und Beatrice.* Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft (The Co-operative Commonwealth). Halberstadt 1924. 101 S.

*Webb, Sydney und Beatrice.* Die Genossenschaftsbewegung der Konsumenten. Uebersetzt von Dr. Jeannette Cassau. Halberstadt 1924. 214 S.

*Schweikert, R.* Die deutschen Konsumgenossenschaften und ihre Zentralen im Lichtbilde. Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Hamburg 5. 47 S.

*Brüschweiler, Carl.* Zürichs Aufstieg zur Grosstadt. 8 S.

*Schweiz. Bankgesellschaft.* Das Wirtschaftsjahr 1924. 43 S.

*Schweiz. Bankiervereinigung.* XII. Jahresbericht über das Geschäftsjahr vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924. Basel 1924. 205 S.

*Banque Foncière du Jura in Basel.* 45. Bericht des Verwaltungsrates über das Geschäftsjahr 1924. Basel 1925. 16 S.

*Achtunddreissigster Verbandstag der ländlichen Spar- und Vorschussvereine und Wirtschaftsgenossenschaften.* Hermannstadt 1924. 53 S.

*Verband zürcher. landwirtschaftlicher Vereine und Genossenschaften* in Winterthur über das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1923 bis 30. Juni 1924. Winterthur 1924. 32 S.

*Société suisse des Commerçants.* 51e Rapport annuel du Comité central 1923. Zurich 1924. 77 p.

*Agenda de la Classe ouvrière suisse 1925.* Prix fr. 1.50. Lausanne 1925. 226 p.

*A Quarter of A Century of Co-operation in Finland.* Helsinki 1924. 45 p.

*Schweiz. Kohlengenossenschaft in Liquidation.* VI. Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1924 und Schlussbericht über die Liquidationsrechnung per 31. März 1925. Basel. 13 S.

*Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband.* Bericht über die Rechtsauskunftsstelle des Thurgauischen Arbeitersekretariates in Frauenfeld pro 1924. 8 S.

*Eisenbahner-Baugenossenschaft Basel.* 13. Jahresbericht und Jahresrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 1924. Genossenschaftsbuchdruckerei Basel. 18 S.

*Monatsstatistik des auswärtigen Handels der Schweiz.* März 1925. Herausgegeben von der eidg. Oberzolldirektion.

*Konservenfabrik Lenzburg.* 27. Jahresbericht pro 1924. 8 S.

*Verband ostschweiz. landwirtschaftlicher Genossenschaften* (V. o. l. G.) Winterthur. Jahresbericht, umfassend den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1924. 54 S.

*Internationales Arbeitsamt Genf.* Internationales Arbeitsjahrbuch 1925. VI. Teil. 94 S.

*Noack, Viktor,* Berlin. Der Weg aus der Wohnungsnot. Finanzierungsversuche und -möglichkeiten. Berlin S. O. 33. 46 S.

*Helvetia,* schweiz. Feuerversicherungsgesellschaft in St. Gallen. 62. Geschäftsbericht 1924. 6 S.

*Allgemeiner Konsumverein Luzern.* 23. Jahresbericht und Rechnung der Betriebskrankenkasse. Luzern 1924. 8 S.

*Arbeiterunion des Bezirkes Winterthur.* 22. Jahresbericht vom 1. Januar bis 31. Dezember 1924. 12 S.

*Nestlé and Anglo-Swiss Condensed Milk Co.* 58. Jahresbericht. 18 S.

*Union de revision des Associations coopératives d'Alsace et de Lorraine.* Rapport et aperçu statistique de la gestion commerciale des sociétés affiliées. Exercice 1924. 23 p.

*Parti ouvrier belge.* Comptoir de dépôts et de prêts. Bilan, rapports, tableaux. Exercice 1924. 28 p.

*Mitteilungen des schweiz. Bauernsekretariates.* Nr. 77. 27. Jahresbericht 1924. Brugg 1925. 128 S.

*Bericht des schweiz. Bauernsekretariates an das eidg. Volkswirtschaftsdepartement:* Untersuchungen betr. die Rentabilität der schweiz. Landwirtschaft im Erntejahr 1923/24. Bern 1925. 158 S.

*Balsiger, Willy.* Eintritt und Austritt von Mitgliedern einer Genossenschaft nach S. O. R., unter Berücksichtigung des Entwurfes eines revidierten O. R. 1923. 75 S.

*Museumsgesellschaft Zürich.* 91. Jahresbericht pro 1924. Zürich 1925. 87 S.

*Schweiz. Bankgesellschaft.* Geschäftsbericht pro 1924. Winterthur 1925. 35 S.

*Basler Handelsbank.* Geschäftsbericht pro 1924. 18 S.

*Basler Kantonalbank.* Rechenschaftsbericht pro 1924. Basel 1925. 29 S.

*Aktiengesellschaft Leu & Cie.* Bericht pro 1924. Zürich. 24 S.

*Freiburger Staatsbank.* Bericht pro 1924. 37 S.

*Schweiz. Bankverein.* Geschäftsbericht pro 1924. Basel 1925. 30 S.

*Schweiz. Volksbank.* Geschäftsbericht pro 1924. 32 S.

*Schweiz. Genossenschaftsbank.* 20. Rechnungsbericht vom 1. Januar bis 31. Dezember 1924. 28 S.

*Graubündner Kantonalbank.* Jahresbericht pro 1924. 38 S.

*Rotterdamsche Bankvereeniging.* Bericht über das Geschäftsjahr 1924. 14 S.

*Konsumverein Zürich.* Geschäftsbericht für das Jahr 1924. Zürich 1925. 18 S.

Die «*Produktion*» (Konsum-, Bau- und Sparverein) im Jahre 1924. Hamburg 5. 63 S.

*Wilhelm, Wilh. A.* Universal-Multiplex-Buchhaltung. Neuestes und vereinfachtes Buchführungssystem. Wien 1925. 54 S.

*Schweiz. Volksbibliothek.* Jahresbericht pro 1924. Bern 1925. 20 S.

*R. Schweikert,* «Grundsätze über Betriebsführung und Betriebsorganisation». Unter dieser Ueberschrift erscheint im Verlage deutscher Konsumvereine in Hamburg eine kleine Broschüre von 52 Seiten oktav. Sie verkörpert ein sehr detailliertes Arbeitsprogramm für Behörden, Verwaltungsorgane und Angestellte der Konsumgenossenschaften. Wenn es mit der Aufzählung aller Pflichten gemacht wäre, so könnte man sagen, dass dieses Büchlein deutscher Gründlichkeit den Erfolg der Konsumgenossenschaften bedingen müsste. Dies hat wohl auch der Verfasser gedacht, als er auf Seite 45 schrieb: «Was jedoch bei den Verwaltungsmitgliedern aller Genossenschaften vorausgesetzt werden muss, das ist: Zeit und Arbeitswille», und wir wollen beifügen: Zuverlässigkeit! Damit möchten wir nicht sagen, dass das Büchlein seine Existenzberechtigung nicht hätte, sondern nur darauf hinweisen, dass damit nicht kostspielige Pedanterie getrieben wird. Es ist nach unserer Auffassung ein *Nachschlagebüchlein* für Genossenschafter und Angestellte, die berufen werden, im Dienste der Genossenschaft zu wirken. Die Genossenschaft muss ebenso nach gesunden verwaltungstechnischen und kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden wie Konkurrenzgeschäfte. Der Unterschied zwischen der privatkapitalistischen und genossenschaftlichen Betriebsform besteht nur darin, dass die Genossenschaft allen zugänglich ist und im allgemeinen Interesse wirkt, während der privatkapitalistische Betrieb die Allgemeinheit zugunsten einiger weniger ausbeutet.

Schweikerts Büchlein führt den Genossenschaftsmitgliedern und Angestellten vor Augen, dass in der Genossenschaft nach guten Grundsätzen gearbeitet werden muss, wenn sie vorwärts kommen soll. Aus diesem Grunde sollte es jede Genossenschaft anschaffen. *H.*

## Aus unserer Bewegung

**Olten.** *Wahlen in den Verwaltungsrat und die Delegiertenversammlung.* Die vorgenommenen Wahlen hatten das folgende Ergebnis: *Verwaltungsrat* (15 Mitglieder) davon: freisinnige Partei 6 (bish. 7); sozialdemokratische Partei 6 (bish. 6); Volkspartei 3 (bish. 2). *Delegiertenversammlung* (100 Mitglieder), davon: freisinnige Partei 39 (bish. 43); sozialdemokratische Partei 43 (bish. 40); Volkspartei 18 (bish. 17).

Von 3056 Stimmberechtigten wurden für den Verwaltungsrat 1948 und für die Delegiertenversammlung 1974 gültige und je ca. 120 ungültige Stimmen abgegeben, die sich auf die einzelnen Parteien wie folgt verteilen: Für den *Verwaltungsrat:* Freisinnige 763; Sozialdemokraten 830; Volkspartei 830; für die *Delegiertenversammlung:* Freisinnige 769; Sozialdemokraten 839; Volkspartei 366.

Hoffen wir, dass sich die nach politischen Richtungen gewählten Verantwortlichen, sich nach der Wahl nur als *Genossenschafter* betätigen, dann ist alles gut!

## Verbandsnachrichten

# Aufsichtsrats-Sitzung
### vom 9. Mai 1925.

Der Aufsichtsrat des V. S. K. versammelte sich Samstag, den 9. Mai 1925 im Genossenschaftshaus im Freidorf bei Basel. Mit Ausnahme der Herren Dr. A. Suter, Lausanne und J. Dubach, Luzern, waren sämtliche Mitglieder zugegen.

Neben der Beantwortung verschiedener Interpellationen zu den Monatsberichten pro Februar, März und April 1925 befasste sich der Aufsichtsrat mit der Durchführung der diesjährigen Delegiertenversammlung vom 6./7. Juni in Ragaz und insbesondere mit der Behandlung der an die Delegiertenversammlung eingereichten Anträge.

In der statutarisch festgesetzten Frist sind zwei Anträge eingegangen, einer vom Konsumverein Niedergösgen und der andere von der Konsumgenossenschaft Biel (Bern).

Der Antrag des Konsumvereins **Niedergösgen** lautet wie folgt:

«Die beiden Verbandsvereine Olten und Schönenwerd sind zu verpflichten, den Bestimmungen des Vertrages vom 6. Juli 1924, wie er im Jahresbericht des V. S. K. pro 1924 niedergelegt ist, **sofort** nachzuleben.

Sollte diesen Verpflichtungen nicht nachgelebt werden, so ist die Fusion zwischen den beiden Vereinen sofort aufzuheben, da ihre Auswirkung im Widerspruch steht mit § 9, Ziffer 11 und § 17, lit. b und c.»

Der Aufsichtsrat beschloss der Delegiertenversammlung zu beantragen, die im Entwurf der Vereinbarung vom 6. Juli 1924 aufgestellten Vorschläge als im Sinne von § 17c der Verbandsstatuten verbindliche Entscheidung der Verbandsbehörden über die Wirtschaftsgebietsstreitigkeit zwischen den Verbandsvereinen Niedergösgen, Olten und Schönenwerd zu erklären, wodurch dem Antrag Niedergösgen sachlich Rechnung getragen wird.

Der Antrag der Konsumgenossenschaft **Biel** hat folgenden Wortlaut:

«Zur Deckung von Verlusten bei Verbandsvereinen wird ein Spezialfonds gegründet. Derselbe wird gespiesen durch Einzahlungen der Verbandsvereine und des V. S. K. Ueber die Art und die Höhe der Einzahlungen, Verwaltung und Benützung des Fonds erlässt der Aufsichtsrat des V. S. K. ein Reglement.»

Die Verbandsbehörden erklären sich bereit, den gestellten Antrag in unverbindlicher Weise sich zur Prüfung und Berichterstattung überweisen zu lassen.

Unter «Verschiedenem» wurde von der Verwaltungskommission eine Anregung betreffend Normalisierung der Papierformate und Unterstützung der dahin zielenden Bestrebungn durch den V. S. K. zur Prüfung entgegen genommen.

---

### Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 8. und 12. Mai 1925.

1. Von der Konsumgenossenschaft Biel wird zu Handen der Delegiertenversammlung des V. S. K. vom 6./7. Juni 1925 in Ragaz folgender Antrag eingereicht:

«Zur Deckung von Verlusten bei Verbandsvereinen wird ein Spezialfonds gegründet. Derselbe wird gespiesen durch Einzahlungen der Verbandsvereine und des V. S. K. Ueber die Art und die Höhe der Einzahlungen, Verwaltung und Benützung des Fonds, erlässt der Aufsichtsrat des V. S. K. ein Reglement.»

2. Der Kreisverband VIII des V. S. K. teilt mit, dass die am 3. Mai 1925 in Gossau stattgefundene Frühjahrskonferenz beschlossen habe, an Stelle des verstorbenen Mitgliedes des Aufsichtsrates Herrn Baumgartner, der nächsten Delegiertenversammlung als Mitglied vorzuschlagen: Herrn Nationalrat Otto Höppli, Präsident des Konsumvereins Frauenfeld.

3. Laut Mitteilung des Kreisverbandes II des V. S. K. wird an Stelle des in Austritt gelangenden Verbandsvereines Martigny als Mitglied der Kontrollstelle des V. S. K. der Delegiertenversammlung in Vorschlag gebracht: Société coopérative de consommation Porrentruy.

4. Der Kreisverband IIIb des V. S. K. teilt mit, dass die Frühjahrskonferenz dieses Kreises beschlossen habe, der Delegiertenversammlung des V. S. K. in Ragaz als Versammlungsort der Delegiertenversammlung pro 1926 in Vorschlag zu bringen: Zermatt.

5. Die Jahresrechnung des Kreisverbandes IV des V. S. K. pro 1924 liegt vor und wird zur Kenntnis genommen. Die Zentralbuchhaltung wird beauftragt, den Beitrag des V. S. K. pro 1925 der Kreiskasse gutzubringen.

6. Die Vereinigten schweizerischen Rheinsalinen Schweizerhall bringen zur Kenntnis, dass sie die Kantone durch einen Zirkularbrief ersuchen werden, den Bäckereien Vakuumsalz, das den Kantonen zum nämlichen Preise wie das gewöhnliche Kochsalz geliefert werde, zur Verfügung zu stellen. Die Schweizerischen Rheinsalinen heben besonders die Vorteile der besseren Löslichkeit ihres feinen Vakuumsalzes hervor, wodurch der Uebelstand des Zurückbleibens von nicht ganz gelösten Salzkörnchen und die dadurch hervorgerufenen sog. Salznester vermieden werden. Die Vereine, die Bäckereien betreiben, werden deshalb eingeladen, dieses feine Vakuumsalz von den Verkaufsstellen, von denen sie bis anhin das Salz bezogen haben, zu verlangen. Es wird noch besonders hervorgehoben, dass der A. C. V. beider Basel in seinen Bäckereien in Basel und Oberwil schon seit längerer Zeit ausschliesslich dieses feine Vakuumsalz verwende und dieses Salz aus den erwähnten Gründen dem gewöhnlichen Salze bei weitem vorziehe.

---

1. Als Mitglied des V. S. K. wird aufgenommen die **Société coopérative de consommation Charrat,** gegründet am 11. Oktober 1913, ins Handelsregister eingetragen am 21. November 1913, Mitgliederzahl 93, Zuteilung zu Kreisverband I des V. S. K.

2. Von den Jahresrechnungen der Kreisverbände VII und X des V. S. K. wird Kenntnis genommen. Die Zentralbuchhaltung wird angewiesen, die Beiträge des V. S. K. pro 1925 zu überweisen.

3. Im «Bulletin» No. 32 vom 7. Februar 1925 wurden diejenigen Verbandsvereine, die für den Internationalen Genossenschaftstag vom 4. Juli 1925 einen Referenten des V. S. K. zugeteilt zu erhalten wünschten, ersucht, diesbezüglich sofort der Propagandaabteilung des V. S. K. zu berichten.

Wir müssen heute nunmehr mitteilen, dass sämtliche dem V. S. K. zur Verfügung stehenden Referenten für den Internationalen Genossenschaftstag belegt sind, sodass es dem V. S. K. nicht mehr möglich ist weiter eintreffende Gesuche zu berücksichti-

gen. Wir müssen die Vereine, die für Versammlungszwecke noch Referenten benötigen, ersuchen, in ihrem Kreise hiefür geeignete Personen ausfindig zu machen oder sich an den Vorstand des betreffenden Kreisverbandes zu wenden.

## Konsumgenossenschaftlicher Frauenbund der Schweiz (K. F. S.) Zürich

# Einladung

zur

## 3. ordentl. Delegiertenversammlung

**Sonntag, den 7. Juni 1925, vormittags 10 Uhr im Kursaal in Ragaz.**

TAGESORDNUNG:

1. Eröffnungsansprache der Präsidentin des Bundes.
2. Wahl des Tagesbureaus, der Stimmenzählerinnen und der Berichterstatterinnen.
3. Protokoll der letztjährigen Delegiertenversammlung in Basel.
4. Jahresbericht. Referentin: Marie Hüni.
   Jahresrechnung. Referentin: Frau Bosshart-Frölich.
5. Anträge von Frauenkommissionen und Einzelmitgliedern.
6. Wahlen:
   a) des Vorortes;
   b) des Bureaus und der Präsidentin des Bundes;
   c) des Frauenausschusses;
   d) der Rechnungsrevisorinnen.
7. Verschiedenes.

* * *

Vorgängig der Delegiertenversammlung:

## Sitzung des Frauenausschusses des K. F. S.

**Sonntag, den 7. Juni 1925, vormittags 9 Uhr im Kursaal in Ragaz.**

TRAKTANDEN:

1. Vorschlag des Vorortes.
2. Vorschlag der Präsidentin des K. F. S.
3. Wünsche und Anregungen.

Nach § 11 der Bundesstatuten haben Zutritt zur Delegiertenversammlung mit Stimmrecht die Vertreterinnen der Frauenkommissionen und Einzelmitglieder (siehe § 5, 6 und 7 der Statuten).

Die Frauenkommissionen haben das Recht, auf je fünf Mitglieder und einen Bruchteil davon eine Delegierte zu entsenden.

Die Genossenschafterinnen, die als Delegierte an der Versammlung des V. S. K. teilnehmen, heissen wir zu unserer Tagung herzlich willkommen.

**Namens des Bureaus des K. F. S.:**

Die Aktuarin: Frau **Kägi-Wenger.** Die Präsidentin: **Marie Hüni.**

**Redaktionsschluss: 14. Mai 1925.**

Buchdruckerei des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel.

## Schweiz. Volksfürsorge

# EINLADUNG

zur

## VII. ordentlichen Generalversammlung

Die Mitglieder unserer Genossenschaft werden hiermit zur Teilnahme an der siebten ordentlichen Generalversammlung auf

**Sonntag, den 24. Mai 1925, vormittags 10 Uhr in den Saal des Restaurant zur Post beim Bundesbahnhof in Basel**

eingeladen.

Der Verwaltungsrat hat die Tagesordnung folgendermassen festgesetzt:

1. Ernennung der Stimmenzähler.
2. Protokoll der sechsten ordentlichen Generalversammlung vom 29. März 1924.
3. Jahresbericht und Jahresrechnung pro 31. Dezember 1924.
4. Wahl der Kontrollstelle pro 1925 (drei Revisoren und zwei Ersatzmänner).
5. Allfälliges.

Die Mitglieder haben sich durch die letzte Prämienquittung über ihre Stimmberechtigung auszuweisen. Mitglieder, welche sich durch andere Mitglieder vertreten lassen, haben ihre Vertreter ausserdem mit einer schriftlichen Vollmacht zu versehen.

**Basel,** den 18. April 1925.

Der Verwaltungsrat.

## Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

### Angebot.

**Bäcker,** verheiratet, 26 Jahre alt, tüchtig auf Gross- und Kleinbrot, mit guten Kenntnissen der Konditorei, wünscht infolge Aufgabe des eigenen Geschäftes auf 1. Juli oder nach Uebereinkunft Stelle in Konsumbäckerei auf dem Lande für allein oder als Oberbäcker. Offerten unter Chiffre C. L. 107 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Selbständiger, solider **Bäcker,** mit Kenntnissen der Konditorei, wie auch geübt auf Kleinbrot, sucht Stelle auf 15. Juli in Konsumbäckerei als II. Bäcker. Gute Zeugnisse zu Diensten. Kaution kann geleistet werden. Nähere Offerten richte man unter Chiffre O. M. 104 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Tüchtiger **Bäcker-Konditor,** prima ausgewiesen, sucht auf 15. Juli Stelle in Konsum. Seit 9 Jahren allein in Konsumbäckerei tätig. Offerten unter Chiffre R. Z. 98 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junges **Ehepaar** sucht grössere **Konsumfiliale** zu übernehmen. Referenzen und Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter Chiffre O. B. 110 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

### Zu verkaufen.

**2 Kaffeemühlen** mit Handantrieb, fast neu, Marke „Peugot", Trichter 1 kg Fassungsvermögen, billig zu verkaufen.

**Allgemeiner Konsumverein Luzern.**